

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 22 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 27. Januar 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Frankreich und England
Seite 2

Reichswehrminister
gegen Nazi-Delictien
Seite 3

Leuna wartet auf den Krieg
Seite 4

Sturm über Asien
Seite 5

Neue Jagdgründe der S.A.
Seite 7

Macdonalds Versagen

Die Entschlußlosigkeit der britischen Regierung gefährdet Europa

Die englische „Brücke“

Ein schwankender Steg

London, 26. Jan. In der bevorstehenden Erklärung der englischen Regierung über die Abrüstungsfrage meldet der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, daß Sir John Simon nächste Woche im Unterhaus mitteilen werde, zu welchen Schlussfolgerungen der Abrüstungsansatz des Kabinetts auf Grund des diplomatischen Gedankenaustausches der letzten Zeit gekommen ist. Es wird aber, so betont der Korrespondent, nichts darüber gesagt werden, daß ein neuer Plan ausgearbeitet worden sei. Der Kabinettsansatz habe bereits vor zwei Wochen dahin entschieden, daß es keinen Zweck habe, wenn Großbritannien im gegenwärtigen Stadium ins einzelne gehende Vorschläge machen wollte, selbst wenn sie nur allgemeinen Charakter hätten.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Macdonald-Plan bleibe die Grundlage jeder Abrüstungsörterung. Von einem neuen britischen Plan sei keine Rede. Zweifellos würden schließlich neue britische Vorschläge gemacht werden, um die wesentlichen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu veröhnen. Diese Vorschläge würden eine wesentliche Umwälzung des ursprünglichen Macdonald-Planes einschließen. Es sei aber unwahrscheinlich, daß sie schon in der nächsten Zeit feste Gestalt erhalten. Vielmehr würden zunächst die britischen Botschafter in Berlin, Rom und Paris in unformellen Besprechungen bei den Regierungen Sondierungen vornehmen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Besprechungen werde der Kabinettsansatz nächste Woche Anregungen formulieren, die eine Brücke zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt bilden könnten.

D. F. Der englische Premierminister Macdonald ist vor einigen Wochen in seinem Wahlkreis ausgespiffen worden und konnte nur mühsam seine Rede zu Ende bringen. Die Gegner waren wohl vorwiegend über innerpolitische Verhältnisse empört, aber der Zwischenfall, der noch vor einem Jahre ganz undenkbar gewesen wäre, ist ein Anzeichen des großen Prestigeverlustes, den Macdonald erlitten hat. Seine Autorität und die seiner Regierung sinken von Tag zu Tag. Nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt, denn nichts ist seit Monaten unzuverlässiger, unübersichtlicher und halbföher als die englische Politik. In vollendeter Unentschlossenheit will sie unüberbrückbare Gegensätze ausgleichen und erreicht damit nur, daß die Abgründe sich vertiefen und die Gefahren in Europa sich vermehren. Durch dieses ewige Zaudern und Zögern ist es nun dahin gekommen, daß die ohnehin schon beinahe hoffnungslos verwickelte Abrüstungsfrage, die längst ein Aufrüstungsproblem geworden ist, auch noch durch die österreichischen Schwierigkeiten weiter kompliziert worden ist.

Das englische Kabinetts sieht sich nun nicht nur von Deutschland zur Vermittlung in den Deeresgesprächen zwischen Deutschland und Frankreich angerufen, die an einem sehr kritischen Punkte angelangt sind, sondern wird auch von der österreichischen Bundesregierung gebeten, mit verhärtetem Druck auf die Reichsregierung einzuwirken, diese möge die nationalsozialistischen Aufstandsversuche in Österreich abblasen. Auch damit wird die englische Regierung nicht zum ersten Male befohlen. Sie hat auf die österreichischen Bittersuche hin schon wiederholt in Berlin interveniert, aber sich jedesmal beruhigen lassen, obwohl doch auch Macdonald und die Seinen kaum noch glauben dürften, daß die österreichischen Nationalsozialisten ihr Treiben ohne Rücksicht auf die Reichsregierung wagen. Ihr wirklicher Führer Dabicht ist deutscher Reichstagsabgeordneter. Er dirigiert die nationalsozialistische Aufstandsbewegung von Deutschland her und beliefert sie mit Waffen und Munition. Die österreichischen Behörden haben häufig schon solche Transporte aus dem Reich abgehalten. Hätte sich die englische Regierung nicht monatelang durch die Besprechungen der Reichsregierung belügen lassen, wäre die österreichische Krise längst vorüber. Nun windet sich die englische Regierung wieder einmal um einen Ausweg, der die österreichische Selbständigkeit rettet, ohne der deutschen Reichsregierung den Weg nach Wien zu verstopfen, den ihr die englische Regierung offen halten möchte.

So läßt denn die englische Regierung einerseits in ihrer Presse verkünden, daß eine „Nazifizierung Österreichs“ zu Vermittlungen in Zentraluropa führen müsse und anderer-

seits fürchtet sie sich, daß Österreich die Bedrohung seiner Selbständigkeit durch die deutsche nationalsozialistische Parteiregierung vor den Völkern bringe. Die englische Regierung gibt zu, daß die österreichischen Nationalsozialisten ihre „Meinungen“ nicht ohne Billigung des Hauptquartiers der Partei ausdrücken, wie es in einem Aufsatz der „Times“ heißt, aber sie hält die Illusion anrecht, daß gütliches Zureden in Berlin helfen könnte. Niemand glaubt daran. Weder Macdonald noch irgend jenseits in Europa, aber die allgemeine Verlogenheit wird fortgesetzt, bis die Kuhhäufig der Fäulnisse die Explosion erzwingt. An dieser Entwicklung tragen dann die ewigen Versöhnungsapostler wie Macdonald mindestens dieselbe Schuld wie die Militärs und die Vandalenführer, die andere als kriegerische Lösungen sich nicht denken können. Den Kräften, die in Berlin mit allen Mitteln eines brutalen Regimes sich am Ruder halten, sind die Regierungskünste Macdonalds westlich-liberalistische Schwachberäuberheiten, über die sich lustig machen, wie Kannibalen über Vegetarier.

Wenn Macdonald nicht wagt, das Rüstungsproblem wirklich resolut anzupacken, so könnte er wenigstens in der österreichischen Frage, die eine Einheitsfront zwischen England, Frankreich und Italien ohne Schwierigkeit ermöglicht, Energie entwickeln. Er und sein Kabinetts scheinen auch davor zurückzuschrecken und sie werden damit erreichen, daß England die Entscheidungen nur erschwert. Schon jetzt hat es sich so sehr in die kontinentalen Probleme hineinmischiert, daß sein Wunsch, sich zu distanzieren, nicht mehr zu verwirklichen ist.

Das österreichische Problem läßt keine langen Verhandlungen mehr zu. Es erfordert rasches und lautes Auftreten der Mächte, die von der Bundesregierung angerufen worden sind, oder eine Demonstration des Völkerbundesrates, die klar die Folgen eines nationalsozialistischen Umsturzes in Österreich anspricht. Wenn Macdonald und Sir John Simon das österreichische Problem aus der Verbindung mit der Abrüstungskonferenz, in die sie es haben hineintreiben lassen, nicht schleunigst lösen, sind die Folgen unabsehbar. Der nationalsozialistische Terror in Österreich ist eine der Schwächen nationalsozialistischer Außenpolitik, und die britische Regierung begehrt ein Verbrechen an der friedlichen Entwicklung Europas und an der Fokalisierung der nationalsozialistischen Barbarei, wenn sie diese Schwäche nicht ausnützt.

Man sollte doch wissen, daß die in Wien zur Verhandlung stehenden Rüstungsfragen nicht technischer, sondern politischer Natur sind. Frankreich, Polen und die kleine Entente folgen der englischen Vermittlungspolitik nicht, weil sie sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen. Es wäre närrisch zu glauben, Sicherheitsgefühl könne dadurch hervorgerufen werden, daß England ruhig zuseht, wie der nationalsozialistische Expansionsdrang sich Österreich unterwirft. Wenn Europa Österreich nicht retten kann, ist Europa selbst verloren.

„Schlagbereit“

Zur Motorisierung Deutschlands

In einer Versammlung des Deutschen Automobilklubs zu Köln führte Hauptschriftleiter Martin Schwabe u. a. aus, es gehörten politische Führer an die Spitze der Motorisierung Deutschlands:

Wenn wir nun die deutsche Kraftfahrt zusammenfassen und wenn nun der Plan der großen Kraftfahrstrassen in Angriff genommen ist, wie es dem Willen des Führers entspricht, so stellen wir ihm mit der Bereinigung der Kraftfahrstrassen im DPA eine Macht zur Verfügung, die uns kein Versailles Vertrag und keine andere Bestimmung beeinträchtigen können. Es gilt noch viel größere Ziele zu verteidigen und zu erringen. Die gewaltigsten Aufgaben sind die, **schlagbereit zu sein für das deutsche Vaterland.**

Steuerfrei!

Die deutsche Miliz

Der Reichsfinanzminister hat in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß Zuwendungen jeder Art an die SA von der Erbschaftsteuer und der Schenkungssteuer befreit seien. Voraussetzung sei dabei, daß der einzelnen Zuwendung keine besondere Zweckbestimmung oder nur solche Zweckbestimmungen beigelegt seien, die die ausschließliche Verwendung des zugewendeten Vermögens zu Zwecken der SA, sicherstellen.

Unannehmbar

Vor dem Bruch der deutsch-französischen Verhandlungen?

Paris, 25. Januar.

A. Sch. Die Verhandlungsmöglichkeiten in der Rüstungsfrage werden allmählich erschöpft. Hitlers Antwort auf die französische Abrüstungsnote liegt vor, und die Stellungnahme des französischen Kabinetts zur deutschen Antwort ist auch bereits bekannt geworden. In keiner einzigen Frage ist man einem Kompromiß näher gekommen. Hitler hat mit einem verkaulierten „Nein“ geantwortet. Der deutsche Faschismus verlangt die Waffe — gleich, er verlangt die Abrüstung Frankreichs — sofort. Er will die restlose Angleichung der Kriegsmittel erreichen. Die Prüfungsperiode wird abgelehnt, ebenso die Internationalisierung der Luftfahrt. Von der französischen Seite wird festgestellt, daß kein einziger Anspruch Hitlers fallen gelassen wurde.

Damit wird auch die Haltung Frankreichs bestimmt. Der Boden eines Kompromisses ist überhaupt nicht sichtbar. Versuche, die von manchen englischen Kreisen unternommen werden, Deutschlands verkauliertes „Nein“ als ein bedingtes „Ja“ auszugeben, finden in Paris keine Anerkennung. Die Lage bleibt ebenso gespannt und unentschieden wie zuvor, der Monat Januar verläuft wiederum ergebnislos. Wenn Berlin auf französische Gegenangebote mit „Nein!“ antwortet, so wird die Antwort Paris auf Hitlers Ansprüche „Unannehmbar!“ lauten. Der französische Kabinettsrat vom 22. Januar hat keine direkte Entscheidung getroffen, wie überhaupt diese Verhandlungen im Halbdunkel geführt werden. Aber es steht fest, daß Frankreichs Antwort noch im Laufe der letzten Januarwoche gestellt werden wird. Und darüber, wie sie aussehen wird, kann es auch keinen Zweifel geben. Von einer Seite, die Herriot, dem mächtigsten Außenpolitiker Frankreichs nahesteht, wird in der Presse erklärt, daß das französische Kabinetts die Lage pessimistisch beurteilt, und die beiden Standpunkte unvereinbar sind. In seiner Rede vor dem Senat, die in Berlin mit Unwillen und Unruhe empfangen wurde, erklärte Chaumets offen, daß ohne Verhinderung der deutschen Aufrüstung keine Abrüstung Frankreichs möglich sei. Das führende radikale Blatt „Le Devoir“ zieht das Fazit der deutsch-französischen Verhandlungen mit der Feststellung, daß sie mehr Unheil, als Heil gebracht haben.

Hitlers Taktik ist durchsichtig — es ist die Verschleppungstaktik. Die höfliche Form der Roten und Denkschriften, der Anschein, daß man trotz aller Unnachgiebigkeiten in der Sache doch bereit ist, die Tür für die weiteren Verhandlungen offen zu halten, soll diese Verschleppungstaktik ermöglichen. Demselben Ziel soll auch der Appell an England dienen, als Schiedsrichter im Streite um die Waffe aufzutreten. Aber wie lange wird man die Verhandlungen in die Länge ziehen können? Sicher nicht solange, bis man mit der Aufrüstung fertig wird. Man erfährt jetzt von der Entscheidung Hendersons, die Hinausschiebung der Abrüstungskonferenz nicht mehr lange dulden zu wollen, mit die deutsch-französischen Verhandlungen auch ausgehen mögen. Wird man zur Verständigung kommen, was niemand annehmen darf, dann soll die Abrüstungskonferenz diese Verständigung besiegeln. Kommt es zum Bruch, dann soll die Abrüstungskonferenz das Scheitern der Verhandlungen feststellen und von sich aus die Initiative zum Abschluß der Abrüstungskonvention ergreifen. Das ist auch der Standpunkt Frankreichs, im Falle des Bruches direkt und sofort an die Abrüstungskonferenz zu appellieren. Wird kein englisch-italienischer Beschlichtigungsversuch erfolgen, dann wird Wien bereits im Februar vor die Frage gestellt werden: was soll praktisch geschehen, wenn Deutschland seine Geheimrüstung fortsetzt?

Die Verschleppungstaktik führt nur zur Hinausschiebung, nicht zur Verhinderung des Bruchs. Aber auch bei dieser Hinausschiebung kann es jetzt eher um die Woche, als um die Monate gehen. Bei der Labilität der europäischen Politik ist das An-der-Stelle-Treten in der Sadgasse auf die Dauer unmöglich. Wird aber der

Frankreich und England

Französische Pressestimmen

Paris, 26. Jan. Die abwartende Haltung, die man englischerseits in der österreichischen Frage einzunehmen scheint, wird in Paris lebhaft erörtert. „Echo de Paris“ macht seine Leser darauf aufmerksam, daß England eine überleitete Einberufung des Völkerbundes vermeiden wolle, damit Hitler eine solche nicht als persönliche Beleidigung oder als Verstoß über Deutschland ein Urteil zu sprechen, aufnehmen könne und dadurch nur noch unzugänglicher werde. Der englische Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, bemähe sich um eine zweideutige Erklärung, die es Dölkfuß erlauben werde, den Schein zu wahren, und die im übrigen die Möglichkeit gebe, daß sich die Hitleroffensive wie in der Vergangenheit abwickeln. Man glaube zu erkennen, daß der Widerstand Österreichs unter dem Hitlerangriff allmählich nachlasse. „Echo de Paris“ beklagt das alles, glaubt aber nicht, daß der französische Außenminister für eine Völkerbundsaktion gemäß Art. 11 sich einlassen werde. Allerdings würde die französische Enthaltung unentschuldigbar sein, wenn es den Tatsachen entspreche, daß Mussolini für eine Inanspruchnahme des Völkerbundes sei.

Die außenpolitische Korrespondentin des „Deuore“ begründet die englische Zurückhaltung damit, daß man in London befürchte, im Falle der Anwendung von Völkerbundsanktionen gegen Österreich gegen Deutschland in einem Kampf in Mitteleuropa hineingezogen zu werden. Die Korrespondentin will von Österreichern in Paris erfahren haben, daß diese hinsichtlich einer Erklärung der Großmächte (Frankreich, England, Italien) bezüglich der Unabhängigkeit Österreichs der Ansicht seien, daß eine solche Erklärung nichts Neues brächte und mehr schaden als nutzen würde, denn Deutschland würde darauf doch nicht Rücksicht nehmen.

Bundeskanzler Dollfuß würde noch drei Tage auf die Berliner Antwort auf sein Ultimatum warten und sich dann an den Völkerbund wenden.

Die Korrespondentin stellt dann die Frage der Anlehnung der österreichischen Politik an die Mussolinis als Auswirkung der Begegnung Dollfuß-Mussolini auf und behauptet, damals sei Italienischerseits das Versprechen gegeben worden, daß Italien eingreifen würde, wenn die Nationalsozialisten jemals Herren der Lage in Österreich werden würden. Schließlich erklärt „Deuore“, daß es wenig wahrscheinlich sei, für den 30. Januar irgend ein Ereignis wie die Verwirklichung des Anschlusses zu befürchten.

Die „Nournee Industrielle“ entwickelt folgende Bedenken: Wenn die Großmächte nicht eindeutig Österreich unterstützen, müsse man damit rechnen, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten Dollfuß immer größer werden. Die öffentliche Meinung in Österreich, die sehr geteilt sei, würde dann keinen anderen praktischen Ausweg mehr sehen, als die Ausschöpfung mit Deutschland, also unter den gegebenen Umständen die Kapitulation vor Hitler. Möge England seine große Verantwortung bedenken, ehe es zu spät sei.

Das „Journal“ stellt fest, daß England zur Vorsicht neige und den Österreichern davon abrate, sich an den Völkerbund zu wenden. Das sei vernünftig, denn wozu solle man sich einer neuen Offenbarung der Ohnmacht des Völkerbundes aussetzen? Die wahre Gefahr liege in der inneren Schwäche Österreichs, das der Anziehungskraft mächtiger Nachbarn ausgesetzt sei, und als Gewinn einfall für Nationalitäten diene.

Paris, 26. Jan. Der englische Journalist Bigham Steed

hat in Paris einen Vortrag über das Thema „Kann England neutral bleiben?“ gehalten. Er machte der französischen Nachkriegspolitik zum Vorwurf, Frankreich habe der Welt nicht deutlich genug zu verstehen gegeben, daß es die Zivilisation verteidige. Frankreich schien sich oft zu sehr um seine Reparationen und seine zu sehr lokalisierte militärische Sicherheit zu sorgen. Es hätte sagen sollen: Mein Heer ist das Heer des Rechts. Um den Frieden zu gewinnen, müsse man Risiken auf sich nehmen. Frankreich und England würden den Frieden nicht gewinnen, wenn sie an die Feigheit appellieren, sondern nur, wenn sie an heldenhafte Gefinnung appellieren.

Zur englischen Vermittlung

Paris, 26. Jan. Der Berliner Korrespondent des „Matin“ läßt Kritik an der englischen Stellungnahme in der englischen Vermittlungsaktion in der Abbruchfrage. Er erklärt zunächst, daß die deutsch-französische Verhandlung nunmehr auf dem toten Punkt angelangt seien und nur die englische Vermittlung sie wieder in Gang bringen könnten. Ueber die Tendenz will der Korrespondent eine Aufklärung aus den letzten beiden Artikeln der „Times“ schöpfen können, die nach seiner Ansicht die beunruhigendste bisher überhaupt erhaltene Darstellung der geheimen Rüstungen Deutschlands brachten und trotzdem seien die in der „Times“ gemachten Angaben in Deutschland ohne Protest und ohne in Abrede gestellt worden zu sein, hingenommen worden. Nur die Schlussfolgerung interessiere in Berlin. Fraglich sei nur, ob die Stimme der „Times“ die Stimme Deutschlands sei und ob die Resignation der „Times“ in Frankreich Nachahmung finde. Man müsse in Berlin leben, um die aufreizende Wirkung abzuschätzen, die Urteile, wie das der „Times“, auf den Geist des jungen Deutschland ausüben.

Wenn Deutschland schon mit der Drohung einer teilweisen Aufrüstung seine mächtigen Nachbarländer einschüchtere, wie könne man dann hoffen, Deutschland in Zukunft von einer völligen Aufrüstung abbringen zu können.

Deutschland habe nur allzu sehr die Neigung, an die Souveränität der Macht zu glauben. Das Interesse der gegenwärtigen Verhandlungen wäre, ihm begreiflich zu machen, daß die Völker nicht wieder die Lage von 1913 erleben wollen, d. h. ein Europa, in dessen Mittelpunkt sich ein militarisiertes, ungeheuer großes Volk befindet. Wir, so schließt der Korrespondent, sagen nicht: Gar keine Verhandlung, aber wir sagen, keine Verhandlung, die dorthin führt.

Gar nicht zufrieden mit England ist die „Ere Nouvelle“. Sie schreibt, England werde das Ende der direkten Verhandlungen abwarten, aber während dieser Zeit sehe Deutschland seine Aufrüstung fort.

Die englische Haltung in der Abbruchfrage sei kaum glaublich. Das Ergebnis wäre, daß die Vermittlungsbestrebungen des Kabinetts MacDonald schließlich dazu führen, die gesamte Politik des Hitlerdeutschland zu beseitigen und in der beunruhigendsten Weise zu ermüden. Sei man in London wirklich soweit gekommen?

Die „Action Francaise“ stellt fest, die Deutschen hätten gelagt: Wenn ihr unser Geld wollt, so kommt und holt es euch. Jetzt sagten sie: Wenn ihr unsere Waffen wollt, so kommt und holt sie euch.

Trumpf der deutsch-französischen Verhandlungen einmal ausgespielt, dann wird es sich erweisen, daß jene kühne Gegenoffensive, die Hitler nach dem Oktober-Zustichlag in Genf begonnen hat, zusammengebrochen ist. Hitler hat damals sich an Paris gewandt, um die Anwendung der Sanktionen zu vermeiden, er hat bei Warschau angeklopft, um Polen von Frankreich fortzulockern und die Möglichkeiten der gemeinsamen Handlungen gegen die Sowjetunion zu prüfen. Nichts davon ist gelungen. Die deutsch-französischen Verhandlungen verlaufen ergebnislos, die deutsch-polnischen werden nicht weitergeführt. Wiederum überhäuft die deutsch-faschistische Presse Warschau mit Vorwürfen und Beschuldigungen, wiederum sind die deutsch-polnischen Beziehungen gespannt und wiederum greift man in Polnisch-Oberschlesien zur Entsehungspolitik. Auf Berlins Intrigen antwortet die Sowjetunion sehr deutlich mit der diesmal schon offenen Unterstützung des Versailler Blocks, der Annäherung an den Völkerbund und der Bereitschaft, wenn notwendig, zu Kräftedemonstrationen gegen das Hitler-Deutschland überzugehen. Italien vertritt den deutschen Faschismus aus Österreich und erklärt, daß seine Interessensphäre, die unantastbar bleiben soll, nicht am Brenner endet, sondern bis nach Innsbruck und Salzburg reicht. Auf dem Balkan werden die letzten revisionistischen Ansprüche liquidiert, Bulgarien löst sich mit Südbalkan aus, der Balkanblock mit der aktiven Beteiligung der Kleinen Entente ist im Entstehen; die Kleine Entente wird weiter ausgebaut und kann sich gesichert an Polen anlehnen; für die baltischen Staaten werden neue Sicherheitsgarantien erörtert — schon erklärt der „Temps“ triumphierend, daß im Osten Europas vom Baltischen bis zum Ägäischen Meer ein Block zusammengeschweißt wird, der bereit ist, den Frieden in Mittel- und Osteuropa zu schützen.

Der diplomatische Niederlage im Kampfe um die Waffe kann die zweite Einkreisungswelle folgen.

Chautemps-Krise?

Als Folge des Stavisky-Skandals

Paris, 26. Jan. Innerhalb des französischen Kabinetts soll es im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sein, die möglicherweise den Rücktritt mehrerer Minister und den Sturz der Gesamtregierung zur Folge haben können. Vor dem Geschäftsrundgang der Kammer erklärte Chautemps, daß die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses seitens der Kammer einem Misstrauensvotum gegen die Regierung gleichkommen und den Rücktritt des Kabinetts nach sich ziehen würde.

Frank für Kulturkampf

Angsburg, 25. Jan. Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Frank hielt am Donnerstag die Stadt Angsburg einen Besuch ab. Vor den richterlichen Beamten hielt der Staatsminister eine bemerkenswerte Rede.

Der Minister erinnerte an das am Vortag vom Münchener Sondergericht gegen drei katholische Geistliche ausgesprochene Urteil. Auch die katholischen Priester seien verpflichtet, von jetzt bis spät anschließend Diener dieser neuen Volksgemeinschaft zu sein. An die richterlichen Beamten gewandt, betonte der Minister, daß die Justiz auch vor dem Priesterstand nicht haltmachen dürfe. Es gehe nicht an, daß die Justiz sich beugen lasse nur deshalb, weil irgendeiner einen Sonderberuf im Leben habe. Weiter führte Staatsminister Dr. Frank aus: Es sollte sich jeder Politiker darauf besinnen, daß die Zeit vorbei sei, die einmal in Bayern triumphiert habe. Die christliche Kirche genieße den Schutz des Staates und des deutschen Rechts in höchstem Maße. Wir verwahren uns aber dagegen, daß dieser Schutz mißbraucht wird zu Angriffen gegen unsere Kirche und gegen unseren Staat.

Also auch der Reichsjustizminister Frank erklärt sich für den Kulturkampf. Er billigt die Schandurteile gegen die drei katholischen Geistlichen in München voll und kündigt schärfste Vorgehen gegen alle katholischen Geistlichen an, die sich der Meinung und dem Willen Adolf Hitlers nicht rücksichtslos beugen.

Ein „Bekehrter“

Aber Strafe muß sein!

Waldenburg, 25. Jan. Der Polizeipräsident hat, wie die Polizei mitteilt, im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten in Breslau den evangelischen Pfarrer Otto Weichenhan aus der Schutzhaft entlassen, nachdem sich Weichenhan schriftlich verpflichtet hatte, in Zukunft einen Anlauf zu politischem Einschreiten nicht mehr zu geben. Das Strafverfahren schwebt bei der Staatsanwaltschaft in Waldenburg.

Hitler hat am Donnerstag den Reichsbischof und die Landesbischöfe der Deutschen Evangelischen Kirche zum Vortrag empfangen. Ueber das Ergebnis der Unterhaltung ist noch nichts bekannt.

Geburtstagsfeiern für Ex-Wilhelm verboten!

Berlin, 25. Jan. Von Hitler und Göring werden alle Maßnahmen getroffen, daß der 75. Geburtstag des Ex-Kaisers ohne viel Aufhebens vorübergeht. Der Polizeipräsident von Berlin hat verboten, daß in den großen Sälen der Reichshauptstadt Geburtstagsfeiern veranstaltet werden. Die Mitglieder der SA. erhielten den Befehl, sich jeder Teilnahme an Veranstaltungen, die zu Ehren Wilhelm des Zweiten organisiert werden, zu enthalten. Wer den Befehl verlegt, wird bestraft.

Studium des Faschismus

Ein internationales Institut

Wie wir erfahren, wurde in Paris unter Führung von namhaften Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern ein Institut zum Studium des Faschismus begründet. Dieses Institut, das in Bibliothek und Archiv die wichtigsten faschistische Dokumentation aus allen Ländern vereinigt, beobachtet und analysiert alle Bewegungen des Faschismus um sie zu bekämpfen. Die Arbeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts wird in einem mehrsprachigen Bulletin und in sonstigen Publikationen der Öffentlichkeit übergeben. Wir nennen aus der Leitung des Instituts, das sich in Paris 10, rue des Fossés Saint Bernard befindet, die Professoren der Sorbonne: Pangevin, Levy-Bruhl, Mallou, Grenant, den Rechtsanwalt Marcel Willard und den Maler Franz Mafrecci.

„Selbstmord“ eines Kommunisten

Dunkle Polizeigeschichten

Der in Neumünster in Schutzhaft befindliche Kommunistenführer Timm sollte am Mittwochabend von zwei Polizeibeamten vom Rathaus zum Polizeieinzelanfang transportiert werden. Plötzlich fielen aus dem Hinterhalt mehrere Schüsse. Timm wand sich schreiend am Erdboden und erklärte, verwundet zu sein. Die Beamten erwiderten die Schüsse. Timm wurde ins Krankenhaus gebracht, wo jedoch verstorben wurde, daß er keinerlei Verletzungen erlitten hatte. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Soweit die deutsche Polizeimeldung, die recht sonderbar klingt.

Eine spätere Polizeimeldung sagt:

„Der Kommunistenführer Timm sollte am Donnerstag nach fehlerhaftem Einschleusen mit fünf anderen Schutzhaftlingen dem Papenburg Konzentrationlager zugeführt werden. Als die Zelle geöffnet wurde, fand der Beamte des Polizeieinzelanfangs Timm tot auf. Er hatte von seinem Bettlaken einen Streifen abgerissen und sich damit am Osenast erhängt.“

Timm galt allgemein als der Schrecken Neumünsters. Er hielt fast täglich auf Plätzen und Straßen Hetzreden und trat in den Versammlungen fast aller Parteien als Gegner auf. Wiederholt gelang es ihm mit Hilfe anderer Elemente, Versammlungen zu sprengen. Auch Ueberfälle auf Nationalsozialisten sind nachweislich von ihm vorbereitet und organisiert worden.

Timm war auch in zahlreiche Strafprozesse verwickelt. Seine letzte Strafe von 2 1/2 Jahren erhielt er wegen schweren Landfriedensbruchs. Bei dem Vorfall, der diesem Urteil zugrunde lag, waren der SS-Mann Mortens gestöbt und zwei Nationalsozialisten lebensgefährlich verletzt worden.

Man läßt vergebens, um zu verbergen, daß Timm ermordet worden ist.

„Strafe auf dem Fuße“

Das Ende gewissenhafter Untersuchung

Der preussische Justizminister Kerkel hat, wie der „Amtl. Preuss. Pressedienst“ mitteilt, im Interesse einer schnelleren Strafrechtspflege eine bedeutende Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt:

Unbedingtes Erfordernis einer guten Strafverfolgung ist, daß der Tat die Aburteilung auf dem Fuße folgt. Die Aufklärung der für die Urteilsfindung wesentlichen Umstände muß deshalb, ohne daß darunter die Gründlichkeit leiden darf, mit jeder erforderlichen Beschleunigung erfolgen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Voruntersuchung häufig zu einer mehr oder weniger empfindlichen Verzögerung des Abchlusses des Vorverfahrens führt. Sie ist deshalb einer beschleunigten Aburteilung im allgemeinen nicht förderlich. Daher hat sich bereits der Gesetzgeber in neuerer Zeit veranlaßt gesehen, die bisher zwingend vorgeschriebene Voruntersuchung in einzelnen Verfahrensarten unter gewissen Voraussetzungen für entbehrlich zu erklären. So ist insbesondere für Sondergerichtsachen die Voruntersuchung gänzlich beseitigt worden. Es ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, dieser gesetzlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und dahin zu wirken, daß jede

nicht unbedingt gebotene Voruntersuchung unterbleibt. Soweit daher die Voruntersuchung nicht zwingend vorgeschrieben ist, muß es sich die Staatsanwaltschaft angelegen sein lassen, selbst zielbewußt und mit größter Beschleunigung den Sachverhalt aufzuklären, indem sie von Anfang an die Ermittlungen — gegebenenfalls im Benehmen mit den beteiligten Polizeibeamten — selbst betreibt. Bei Verbrechen, deren Aburteilung zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehört, soll die Ermittlung so umfassend führen, daß die Voruntersuchung auf den geringst möglichen Zeitraum beschränkt werden kann.

Das Neueste

Bei dem Großfeuer auf Schloss Friedensburg bei Saalfeld wurde der große nordöstliche Teil des Schlosses mit einer großen Menge von Niederwertmöbeln, Lesemagazinen, einer Privatbibliothek und wertvollen Sammlerstücken aus der napoleonischen Zeit vernichtet.

Reichskanzler Adolf Hitler empfing den polnischen Gesandten Herrn Lipski. Ferner empfing der Reichskanzler den Präsidenten der Gemischten Kommission für Ober- und Niederschlesien Herrn Felix Galander, den früheren Bundespräsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Ein neuer Kraftwagen rief in der Nähe von Dellingen in voller Fahrt gegen einen Baum und wurde vollkommen zertrümmert. Von den vier Insassen wurden zwei kurz nach dem Anprall. Die übrigen Insassen wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Wie die Polizei mitteilt, wurden am Donnerstag in einem ablieks gelegenen Häuschen in der Nähe von Laurenz der rechte Teil einer Druckereierichtung aufgefunden, nach der die Polizei schon seit längerer Zeit suchte. Ein Teil dieser Druckereierichtung war im Herbst des vergangenen Jahres in einem Gartenhaus am Döberberg gefunden worden. Mehrere Personen wurden in Schutzhaft genommen.

Wir haben 2. Zl. zu verkaufen:
Ertragshäuser und Hofgüter
Schuldsachen, Sigmere, Mühlweihen, Weingroßhandlungen, Eisenhandlungen, Dregerien, Buch- und Stempelereien, Gießereien mit Herdabfällen, Industriegebäude mit Bahnanschluss, Teilhaberschaften in den verschiedensten, abenangehörten Branchen. Sämtliche Lädenlokale vorrätig.
Auskünfte durch:
EST AGENCE, 14, rue Charlemagne, Metz
Tel. 16.79

DRUCKSACHEN
alles Art in oder Ausführung kleiner
BUCHDRUCKEREI „VOLKSSTIMME“

Französischer Unterricht
erteilt zu billigen Preisen
Mlle Patron
Strasbourg
2, Rue de Obernai
Pelze-Kramer
97, Grand'rue
nur I. Stock
STRASBOURG
Große Auswahl in Pelz-
tragen ab 30 Fr., Pelz-
jaquettes ab 175 Fr.,
Pelzmäntel ab 300 Fr.,
Inob- und Skunksfische
ab 150 Fr., Skunk-Cat-
ters und Champs ab
200 Fr., Reparatur, 399
Ergänzung 1421

Saar-Freiheitsfront gibt Bericht über Genf Aber der Terror geht weiter!

Die deutsche Freiheitsfront an der Saar hat Donnerstagabend zu einer großen Freiheitskundgebung in die Räume der A.B. eingeladen. Die Delegierten der Freiheitsfront, Hermann Petri und Max Braun, sollten Bericht erstatten über ihre in Genf geleistete Arbeit und die Genfer Erfolge.

Wir bedauern tief, daß der Völkerbundrat oder die von ihm gewählte Kommission nicht Gelegenheit hatte, dieser ganz gewaltigen und imposanten Kundgebung beizuwohnen. Wer diesen Geist, diese Begeisterung, diese Entschlossenheit für die Freiheit an der Saar, für Befreiung gegen Barbare miterleben durfte, nahm Unvergleichliches mit sich fort. Man kann es nicht fassen, daß in der heutigen Zeit soviel elementarer Schwung, soviel begeisterte Freude, soviel tiefempfundenes Mitfühlen in einem Kampf um Recht und Freiheit überhaupt noch möglich ist.

Tausende und aber Tausende strömten gegen Abend zu den Räumen der Arbeiterwohlfahrt. Auf 8 Uhr war der Beginn der großen Kundgebung angelegt, um 7.15 Uhr wurde bereits der Festsaal der Arbeiterwohlfahrt polizeilich geschlossen. Viele Hunderte drängten weiter in die übrigen Räume hinein, hunderte mußten unverrichteter Dinge wieder zurückkehren. An drei Stellen des umfangreichen Saales war durch Lautsprecheranlage die Uebertragung der Kundgebung sichtbar. Die Treppen, Türen, die Gänge, die Restaura- rationsräume, alles war schwarz besät mit Freiheitskämpfern und Freiheitskämpferinnen, die herbeigeströmt waren, aus dem Munde ihrer Führer Lebenwahreres und Lebensnäheres als Genf zu hören. Mit ungeheurer Begeisterung und mit nicht endenwollendem Beifall wurden die Feststellungen der Redner von der tiefgepackten Zuhörermenge aufgenommen und weitergegeben. Ein unergreiflicher Eindruck! Es zitterten Sesseln von ungeheurer Schwung und höchster Ergriffenheit durch die gesamten Räume. Wer noch niemals vom Geiste der großen deutschen Freiheitsfront gepackt worden ist, Donnerstagabend nahm dieser wunderbare Schwung jeden gefangen, der ein Teil dieser brausenden und begeisterten Menge war.

Entschließung

Die große Freiheitskundgebung der deutschen Saarbevölkerung in Saarbrücken dankt den Delegierten der Freiheitsfront Max Braun und Hermann Petri für ihre in Genf geleistete erfolgreiche Arbeit. Sie begrüßt den Beschluß des Völkerbundesrates in der Saarfrage. Sie begrüßt es ganz besonders, daß der Völkerbundrat eine Kommission ernannt hat, die die Bedingungen einer freien, uneingeschränkten und geheimen Abstimmung überprüfen und dem Völkerbundrat in der nächsten Tagung entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Sie ist fest davon überzeugt, daß sowohl die Mitglieder des Rates wie die seiner Kommission getreuen hohen Idealen des Völkerbundes ihres Amtes walteten und keinerlei Gewissenszwang, Terror oder Repressalien gegen die freiheitsliebende Bevölkerung dulden werden.

Sie macht die hohe Kommission des Völkerbundes ganz besonders aufmerksam auf die vielfältigen und zum Teil sorgsam getarnten Terrormaßnahmen des Nationalsozialismus, die in Bedrohung der materiellen und physischen Existenz, in Androhung von Repressalien für die Zeit nach einer Diffamierung, Achtungs-, Verleumdungs- und Konfiskationsmaßnahmen aller Art und in anderen vielfältigen feindseligen Druckmaßnahmen bestehen. Sie bekundet erneut ihren Willen, frei zu stehen von jeglichem Diktatorterror und bekundet ihren Willen, die Forderungen des Völkerbundes.

Tagesbericht vom Saar-Terror

Wer geglaubt hat, daß die Verhandlung in Genf und die Einsetzung einer Kommission, die die erforderlichen Unterlagen zur Abstimmung herbeischaffen sollte, auf die Lage im Saargebiet beruhigend wirken würde, sieht sich gründlich getäuscht. Der nationalsozialistische Terror geht in verheerender Form und mit immer neuen Mitteln weiter.

Ein altes und immer noch wirksames Mittel gegen politische Andersdenkende wird jetzt mobilisiert: Die Saalabtreibung. In Homburg sollten am Samstag die beiden Genfer Delegierten der Freiheitsfront, Braun und Petri, sprechen. Plötzlich wurde ihnen das Lokal verweigert, Terrorandrohungen an die Lokalinhaberin, an die Karlsberg-Brauerei als Besitzerin des Lokals und das feststimmte Verhalten der Polizei, die sich über die Freiheitsfront merkwürdig schlecht unterrichtet zeigte, haben zu diesem Erlaß der sogenannten „deutschen Front“ beigetragen. Wie die „Volkstimme“ mitteilt, wurde nach der mündlichen Abgabe mit der Brauerei verhandelt. Der Brauereidirektor Weber erklärte, daß die Brauerei nicht dafür einstehen könne, wenn eine Schädigung der Lokalinhaberin einträte. Die Brauerei müsse sich eben der Allgemeinheit fügen. Wie sehr die Wirtin einen gewalttätigen Angriff fürchten mußte, geht aus einem Briefe hervor, worin sie ausdrücklich ihre Zustimmung für die Versammlung mit dem Hinweis auf die ihr entstehenden Schäden zurückzieht. Von welcher Seite diese Schäden drohen, braucht nicht erwähnt zu werden. Wie lange doch Herr Köhling in Genf? „Im Saargebiet gibt es gegen Andersgerichtete keinen Terror.“

Mit welchen Mitteln die Diktatorterror des Saargebietes Agitation gegen Emigranten betreibt und sie durch Wortbe- weise, dafür gab es gleichfalls in diesen Tagen ein inter- essantes Beispiel. In Metzemiller wurde der Landjäger Weisgerber von dem Schwerverbrecher Zwinger, wie wir gestern schon kurz berichteten, erschossen. Es handelt sich um einen fleißigstlich geachteten Mann, den die Kriminalpolizei Karlsruhe wegen Mordes und Mordversuchs verurteilt. Ohne den geringsten Beweis, einfach auf Grund eines einseitig ausgegebenen Zeichens, wurde dieser Zwinger als poli- tischer Emigrant bezeichnet und die Regierungskommission des Saargebietes für die „Unataten“ der „verbre- cherischen Emigranten“ verantwortlich gemacht. Jetzt hat die Regierungskommission von sich aus in einer Erklärung die wahre Sachlage dargelegt. Es heißt darin ausdrücklich, Zwinger ist kein politischer Flüchtling und auch nicht als solcher polizeilich gemeldet. Das alles war der gleichgeschalteten Presse des Saargebietes genau bekannt. Sie benötigte den Fall zur infamen Hebe und Anspitzung der Bevöl- kerung zu Gewalttätigkeiten gegen die Emigranten.

Die Regierungskommission hat das „Saarbrücker Abendblatt“ für drei Tage verboten, weil es unwahre Angriffe gegen einen Beamten der Polizeidirektion Saarbrücken erhoben hatte. Nationalsozialistische Kreise geben sich

gleichzeitig große Mühe, die Wiederzulassung des „Völkischen Beobachters“ an der Saar zu erreichen. Nach einer Mitteilung der Regierungskommission ist der sogenannte „Deutsche Gruß“ zwischen Lehrern und Schülern, unter sich, wie gegenseitig zwischen Lehrern und Schülern unzulässig. Es heißt in der Verfügung an den Direktor einer höheren Schule in Neunkirchen: „Diesen Gruß empfinden Lehrer Ihres Kollegiums als parteipolitischen Druck, der sie in ihrer politischen Freiheit beeinträchtigt. Der Gruß führt, wie die vorliegenden konkreteren Fälle beweisen, zu Heiberceien und zur Achtung der ihn ablehnenden Lehrer und Schüler.“

Mangelnde Autorität

Was der Regierungskommission geboten wird

Auf der ersten Seite ihrer Ausgabe vom Freitag muß die nationalsozialistische „Saarfront“ das Berichtigungsschreiben der Regierungskommission abdrucken. Auf einer Innenseite des Blattes wiederholt das Blatt aber alle seine verleumderischen Behauptungen und wirt erneut den Behörden vor, daß sie die Landjäger an der Ausübung ihrer Berufspflichten hindern:

Bereits im November vergangenen Jahres versuchten Marxisten und Emigranten die deutsche Bevölkerung des Ortes zu terrorisieren. Rationalsozialisten niederknien. Damals wurde die Polizei um zwei Landjäger verstärkt. Aber auch die sechs Landjäger waren in ihrem Vorgehen gegen das Emigrantenweien gehemmt und durften nicht rücksichtslos und energisch vorgehen und säubern, wie dies notwendig gewesen wäre.

Das Blatt preist also auf die amtliche Feststellung, daß der Mörder kein Emigrant ist und erneuert den Vorwurf, daß im Saargebiet Mörder behördlich geschützt werden. An einer anderen Stelle wird auch die französische Bergwerksdirektion beschuldigt, Verbrechern Unterschlupf und Schutz zu gewähren.

Man ermittle aus solchen Vorwürfen, welche Freiheitsfront unter dem Völkerbundesratemte Elementen gewährt wird, die ihren Gegnern feinerlei Freiheit zugestehen.

Zustände!

SA. — als Militärvereine getarnt

Im Saargebiet sind die Organisationen der SA. und SS. sowie sämtliche militärischen Uniformen verboten. Das hindert aber die Nationalsozialisten an der Saar nicht, ihre verbotene Tätigkeit unter anderer Flagge fortzusetzen. Sie finden Mittel und Wege, die Verordnungen der Regierungskommission zu umgehen. Gelangt etwas von dem ausgesprochen militärischen Treiben der getarnten SA. und SS. in die Öffentlichkeit, so geben die maßgebenden Stellen Erlasse heraus, in denen von „ein privater Aktio n e n“ gesprochen und die betroffenen Funktionäre „gemah- re g e l t“, sogar ausgeschlossen werden. In Wirklichkeit handelt es sich hier nur um einen Wust, denn die „Gema- hre g e l t e n“ bleiben inoffiziell im gleichen Verhältnis zur Par- teileitung wie vorher.

In offiziellen Rundschreiben wird strengste Legalität be- schworen, während die internen „Erlasse“ ein ganz anderes Gesicht haben. So heißt es zum Beispiel in einem Rund- schreiben der jüngsten Zeit:

„Die Parteigenossen, die Mitglieder der aufgelösten SA-Formationen sind, haben nach wie vor ihre Pflicht im Dienste der Propaganda für die Bewegung zu tun. Es geziemt den ehemaligen SA-Kameraden, aufrecht und festen Schrittes durch die Straßen zu gehen.“

Reichswehrminister gegen Nazi-Delirien „Die Marneschlacht ein Freimaurerverrat“

dnb. Berlin, 25. Jan. In der Öffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Behauptungen über den verstorbenen Oberst Dentisch und seine Tätigkeit als Beauftragter des Chefs des Generalstabes des Heeres und über den Generalobersten v. Moltke selbst angehaucht, die geeignet sind, nicht nur die Ehre dieser beiden Männer, sondern auch das Ansehen der alten Armee und ihrer Leitung auf das Schwerste zu schädigen.

So wird in einem Auflag im „Deutschen Textilarbeiter“ Nr. 50 vom 15. 12. 1933 unter der Ueberschrift „Die Marneschlacht, ein Freimaurer-Verrat“ u. a. behauptet, dem Anthroposophen Steiner hätten im deutschen Hauptquartier in Koblenz alle Türen offen gestanden, er habe Ende August im Großen Hauptquartier in Koblenz einen Vortrag über Anthroposophie vor Offizieren gehalten. Generaloberst v. Moltke sei — offenbar durch Steiner — in den Zustand starker Benommenheit verfiel und ihm die Ausübung der Kommandogewalt unmöglich gemacht worden.

„Der Hauptverräter, Freimaurer Oberleutnant Dentisch“, habe als „Meldepflichtiger“ — gemeint ist Chef der Nachrichtenabteilung — verlogt und eigenmächtige Befehle an die im Kampf stehenden Armeen geleitet. Den Höhepunkt seiner unheilvollen Rolle habe Dentisch erreicht, als er unter Ver- mutung auf seine Vollmacht die Sieger — 1. bis 3. Armee — im Augenblick eines durchschlagenden Erfolges veranlaßt habe, das Schlachtfeld zu räumen.

Ferner wird behauptet, Dentisch sei in Paris als Sohn eines französischen Bankiers geboren und habe erst 1888 die deutsche Reichsangehörigkeit erworben, als sein Vater nach Köln zog. Auch wird in Zweifel gezogen, daß Dentisch im Jahre 1918 in Bukarest eines natürlichen Todes ge- storben sei. Neuerdings ist an anderer Stelle sogar die Be- hauptung aufgestellt worden, Dentisch sei Besitzer der Aktienmehrheit der Banque de France gewesen!

Der Auflag im „Deutschen Textilarbeiter“ schließt mit den seitgedruckten Sätzen: „Volksgenossen! Das Ungeheuerliche ist Tatsache: Ein Franzose kommandierte den Rückzug an der Marne! Dieser Franzose Dentisch war Freimaurer!“ und „Das Wunder an der Marne war ein schurkenhafter Frei- maurerverrat!“

Gegenüber diesen aus fragwürdigen Quellen stammenden leichtfertigen Behauptungen stellt das Reichswehr- ministerium auf Grund authentischer Unterlagen und Erhebungen fest:

1. Generaloberst v. Moltke hat Steiner in Koblenz überhaupt nicht gesehen. Daß Steiner im Großen Hauptquartier alle Türen offengestanden hätten, ist unwahr. Niemand hat der behauptete Vortrag im Großen Haupt-

gemeinsamen Heimwege usw. in die Zusammengehörigkeit durch Gleichschritt auszubringen. Die Saarbevölke- rung soll wissen, daß man uns zwar Abschied und Abschieden, aber nicht Marischiefel und Sturmtruppen ver- bieten kann...“

Zu den Lenkungsmaßnahmen gehört aber ins- besondere die kräftig geförderte Wiederanrichtung von Militärvereinen. So sind jetzt allorts angebliche Vereine der ehemaligen Wehr gegründet worden, die nie an der Saar stationiert waren und lediglich dazu dienen sollen, in Militärvereinen die verbotenen militärischen Formationen der Natio- nalsozialisten fortzuführen. Sie sollen im Saargebiet die Siamtruppe abgeben, die von ihnen her unter- stellt wird durch die sogenannten Saarabstimmungs- truppe n, die in verschiedenen Lagern Deutschlands genau so ausgebildet werden, wie die österreichische Legion des bayerischen Reiches gegen das deutsche Volk an der mitt- leren Donau.

Die Regierungskommission des Saargebietes wird dafür sorgen müssen, daß ihre Verordnungen sinngemäß durch- geführt und nicht nazigemäß umgangen werden.

Für alles „Schutzhaft“

Im deutschen Maulkorbstaat

Der ehemalige kommunistische Stadtrat Christian Schwarz in Zweibrücken verlagte die Stadt auf Auszah- lung seiner ihm zustehenden Aufwandsentschädigung. Der Stadtrat und das Gericht lehnten seine Forderung ab. Die „NZJ.“ vom 2. 1. 34 schließt ihren Bericht hierüber mit fol- genden Worten: „Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei einer steigenden Erregung in der Öffentlichkeit die zuständige Stelle gegebenenfalls den Kläger zu seiner eigenen Sicherheit in Schutzhaft nehmen müsse“ bzw. in die Lage versetzt werden könnte, ihn in ein Konzentrationslager zu schicken.

Zwar kann es auch in der Pfalz unter der Herrschaft des Maulkorbstaates weder öffentliche Versammlungen noch Demonstrationen geben, zwar ist angeblich sehr die beste Ordnung und die Sicherheit jedes Bürgers in den Verichten an leichtgläubige Engländer und Chinesen aufs höchste gewahr- leistet, aber Befehl ist Befehl. Wenn der SA. befohlen wird sich zu erregen, dann erregt sie sich eben und das Opfer der Erregung kommt ins Konzentrationslager.

Ein solches Opfer ist auch der Pfarrer von Horn- bach geworden. Soweit wir unterrichtet sind, wurde dieser Pfarrer denunziert von einem Manne, der durch die per- sonliche Schuld des Pfarrers einen Prozeß verloren hat. In einem auf der „Volksgemeinschaft“ aufgebauten Staat, kann natürlich ein Pfarrer genau so wie jeder andere vogel- freie Nichtnazi von irgendeinem Landshuben verhaftet werden. Der hochwürdige Herr wurde also verhaftet und derart angekettet, daß er heute in Zweibrücken im katholischen Krankenhaus liegt. Nach dieser „Schutzmaßnahme“ hat er nun Zeit, einmal darüber nachzudenken, ob sich auch die an- geblich untrübsamen Marriinen schon jemals solche Gemein- beiten gegen einen Pfarrer erlaubt haben.

In Pirmasens wurde ein armer Pflichtarbeiter in Schutzhaft genommen, weil er unangemeldet Schnaps ver- kauft haben soll. Daran knüpft die „NZJ.“ vom 10. 1. 34 folgende Bemerkung: „Vielleicht dämmert ihm inzwischen, daß zwar Marriismus und Schnaps weisensverwandt waren, im neuen Deutschland dieses Volksgift aber verschwinden muß.“ Vielleicht war der Schreiber dieser Zeilen insolge per- manentes Schnapsduseis nicht in der Lage, sich früher etwas über das Wesen des Marriismus zu informieren, sonst müßte er wissen, daß nur die größten Schnapsstumpen als NSD- Leute und Unternehmerliebhaber gegen den soliden und den- kenden marxistischen Arbeiter fanden.

Ueber Neujahr machten etwa 15 junge Leute, an- geregt durch die ständigen Artikel in der Nazipresse, „Besuch das Saargebiet“ einen Ausflug dorthin. Als sie zurückkehr- ten, wurden sie in Zweibrücken in Schutzhaft genommen, wo sie sich noch heute befinden. Den Angehörigen wurde gesagt, sie hätten sich durch „kommunistische Kleidung“ verächtlich gemacht und seien beschuldigt worden, das Naturfreundeband bei Kirfel besucht zu haben. Daraus müßte auf Umgang mit „Kommunisten“ geschlossen werden. So bleiben die Konzentra- tionen für...“

quantier kattaesunden. Der körperliche und seelische Zustand des Generalobersten v. Moltke während des Sommerfeld- zuges 1914, der auch der Grund für seine alsbaldige Abbe- tung aus seiner Stellung war, erklärt sich daraus, daß Moltkes Natur sich nicht als widerstandsfähig genug erwies, die auf ihm lastende ungeheure Verantwortung zu tragen, verhärtet durch seinen ungünstigen Gesundheitszustand und die in den vorhergehenden Monaten gerade überhanden an- setzende Kur.

Daß Dr. Steiner niemals als „behandelnder Arzt“ des Generalobersten v. Moltke angerechnet sein soll, ist schon deswegen ausgeschlossen, weil Steiner, soweit bekannt, gar nicht Arzt, sondern von Danie aus Literaturhistoriker war.

2. Daß Dentisch eigenmächtige Befehle an die Armee ge- leitet hätte, ist unwahr. Seine Tätigkeit als Beauftragter der Obersten Heeresleitung am 8. und 9. September 1914 ist bereits 1917 auf Veranlassung des General Ludendorff unter- sucht worden. Im Anschluß an diese Untersuchung hat General Ludendorff dem damaligen Obersten Dentisch in einer dienst- lichen Zusage bescheinigt, daß den Obersten Dentisch ein persönlicher Vorwurf, über seine Befugnisse hinausgegangen zu sein, nicht trifft. Er hat lediglich nach der ihm von dem damaligen Chef des Generalstabes des Heeres erteilten Weisung gehandelt. Seine Einwirkung auf die Entschlüsse der Oberkommandos 1 und 2 erklärt sich aus der einseitigen Auffassung seines Auftrages und seiner pessimistischen Be- urteilung der Lage. Für eine verätherische Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand ist in jedem Anhaltspunkt, geschweige denn Beweis und auch an jeder psychologischen Erklärung.

3. Die Unmöglichkeit der Behauptungen bezüglich Geburt und Abstammung Dentischs widerlegt am besten sein Personal- bericht, aus dem hervorgeht, daß Dentisch am 18. 12. 1869 in Köln (Rhein) als Sohn des Fortifikationssekretärs Aris Dentisch geboren wurde und evangelischer Religion war. Dentisch trat am 1. 10. 1888 als Aspirant in das Infanterie- Regiment 103 ein. Er starb am 13. 2. 1918 in Bukarest infolge Magenblutungen nach Entfernung der Gallenblase.

Die Familie ist rein deutschen und arischen Ursprungs. Die Behauptung, der Vater sei Pariser Bankier gewesen, ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

Der Vater war 1896 in Orlan geboren, diente als Drei- jährig-Freiwilliger beim Pionier-Bataillon 4 und nahm am Feldzug 1904 mit Auszeichnung teil. Er heiratete am 25. 10. 1898 in Magdeburg Emma Pivo und war dann in Köln bei der Fortifikation. Er starb als Rechnungsbaurat und war Rechnungsrat in Gantich bei Weizsä am 10. 12. 1909.

4. Daß Dentisch der Freimaurerloge angehört, wird von seinen Angehörigen für ganz ausgeschlossen gehalten.

Leuna im „dritten Reich“

Es wartet auf den Krieg

Was ist mit Leuna? Was geschieht mit den IG-Farben im „dritten Reich“, das doch den großen Konzernen, den Mann-Unternehmungen, dem anonymen Kapital den Krieg bis ans Messer angefangen hat? Wie brachen die Nationalsozialisten, diese erklärten Feinde der Kartelle, die ungeheure Macht der größten deutschen Gesellschaft?

Keine Angst, Leuna, die IG-Farben sind mächtiger denn je. Ja, erst jetzt können sie, mit Hilfe riesiger staatlicher Subventionen, ihr Wesen voll entfalten. Unter dem Schutz der nationalsozialistischen Regierung und der proklamierten Volksgemeinschaft, sind sie unbeschränkte Herren der Arbeiter. Doch darüber, über das Leben der Arbeiter in dieser Stadt der „Eisernen Feste“, die so viel Ähnlichkeit mit der schrecklichen Vision Jack Londons hat, soll noch gesprochen werden. Werfen wir erst einen Blick in das meist streng verschlossene Gebiet dieser fantastischen Produktionsstätte.

Ein nationales Heiligtum

Sie ist, wie es sich für eine wissenschaftliche Ozeanische Zentrale, geheimnisvoll von dicken Mauern, von dichten Sperrketten umgeben. Aufseher und Torwächter verstopfen den Unbefugten jeden Schritt in das Allerheiligste. Manchmal nur, wenn es das Propagandainteresse erfordert, werden Vertreter der Öffentlichkeit, die man für vollkommen verlässlich hält, eingelassen.

So sollten die Teilnehmer des zehntägigen Fortbildungskurses des Deutschen Instituts für Zeitungswissenschaften, in dem die Gehirne mit viel Weisheit nationalsozialistisch vernebelt werden, und einige ausländische Journalisten, erfahren, daß die IG-Farben seit Antritt der nationalsozialistischen Regierung aufgehört haben, ein kapitalistisches Unternehmen zu sein. Das Aktienkapital von mehr als einer Milliarde, die auch in diesen, am so schlechten Zeiten, reichlich Zinsen trägt, ist nur ein Teil der deutschen Arbeit. Leuna ist jetzt eine nationale Produktionsstätte, nein mehr — ein nationales Heiligtum.

Wer erschauert nicht, wenn er die dreizehn ungeheuren Schornsteine, die mehr als hundertdreißig Meter in die Höhe ragen, wenn er diese himmelstreichenden Türme der Großindustrie, zum erstenmal erblickt?

Väterlich darf ein Herr Professor, ein deutscher Wissenschaftler, den gläubig lauschenden nationalsozialistischen Journalisten erklären, wieso die IG-Farben aufgehört haben, ein kapitalistisches Unternehmen zu sein:

Deutsche Männer haben das große Werk gegründet und geleitet, deutsche Männer arbeiten in den Betrieben, Forschungsabteilungen und Büros, und deutsche Männer bilden den Vorstand. Der Herr Professor überging die Frage, ob deutsche Aktionäre deutsche Dividenden erhalten. Er versah auch zu erwähnen, daß deutsche Steuerzahler die deutschen Subventionen bezahlen.

Ja, man ist deutsch und national bis in die Knochen. So sehr, daß man sich nur im alleräußersten Fall entschließt, Fabriken im Ausland zu errichten oder sich an ihnen zu beteiligen. Soviel gab die Zeitung zu; sonst gilt man diskret über die internationalen Verbindungen hinweg. Man sprach nicht von der internationalen Gesellschaft für chemische Unternehmungen, die mit einem Kapital von 200 Millionen gegründet wurde, sein Wort fiel über die American IG Chemical Corporation oder über die Convention de l'Industrie de l'Azote, die der Regelung des Weltstickstoffmarktes dient. Und doch brauchen die IG-Farben nicht zu befürchten, daß man sie deswegen — wegen ihrer internationalen Verbindungen — im nationalen Deutschland angreifen könnte. Sie sind geheiligter als selbst die Person Hitlers.

Geheimnisse

Diese Fabrikgelände, die sich viele Kilometer weit ausdehnen, die von eigenen Bahnen befahren werden, sind Tabu. Hier herrscht man über Tod und Leben. Die größten Leuchten der Wissenschaft, kleine, unbekannte Chemiker, Ingenieure, Erfinder, Mediziner und Mineralogen arbeiten jahrelang, menschenlang in wissenschaftlichen Forschungsinstituten, in Geheimlaboratorien an Erfindungen, die sich hier zur Ware wandeln werden, ob sie Tod spenden oder Leben. Die neuesten, noch unbekanntesten Giftstoffe haben ebenso ihren Preis wie Fischra 365, das eben entdeckt, noch nicht auf den Markt geworfene Heilmittel gegen Krebs.

So vielfältig ist die Produktion der IG-Farben in Leuna, wie das moderne kapitalistische Leben. Durch Düngstoffe berechnen sie die Fruchtbarkeit der Erde, entsorgen ihr ungeachtete reiche Ernte, sie liefern aber auch die Mittel, diese Ernte und diese Erde zu zerstören.

Hier werden Medikamente gegen Kopfschmerzen wie gegen Sphäris, gegen die Schlafkrankheit wie gegen harmlose Hautunreinlichkeiten hergestellt und das Geheimnis ihrer

Herstellung genau so gehütet wie jener Giftgase, die die letzten Tage der Menschheit in ihre Wolken einschließen werden.

Süßl-Verkaufszentralen der fünf Betriebsgemeinschaften sorgen dafür, daß die Teerfarbstoffe, die pharmazeutischen Produkte, die organischen und anorganischen Chemikalien, die Kunstseide und Rohstoffe, die Sprengstoffe wie die synthetischen Farben, die Lösungsmittel, die komprimierten Gase, die Stickstoffdüngemittel, das Dynamit, die Leichtmetalle, die synthetischen Edelsteine ihren Markt finden. Die Regierung aber hat dafür zu sorgen, daß die Geschäfte des Konzerns lohnend und einträglich seien. Wenn es nicht anders geht, um den Preis des Krieges.

Wenn der Krieg kommt . . .

Hier in dieser Ozeanische werden alle Vorbereitungen für ihn getroffen, die auch die größten, vor kurzem noch unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten in Betracht ziehen. In Leuna, bei den IG-Farben, wird die vollständigste Autarkie Deutschlands vorbereitet. Sie ist allerdings eine ungeheure kostspielige Angelegenheit, kostspielig für den weitestgehenden Teil der deutschen Volksgemeinschaft, aber um so einträglicher für die Führerschaft.

Der interessanteste und schon jetzt in seinen Umrisen erkennbare Versuch ist jener, Deutschland vom „flüssigen Gold“ unabhängig zu machen. Deutschland muß sein Petroleum selbst herstellen. Die Petrolienumfelder von Gasse sind, verglichen mit dem Bedarf Deutschlands, bedeutungslos. Im verflochtenen Krieg spielte das Erdöl noch nicht die entscheidende Rolle, die ihm in Zukunft zweifellos zuteil wird. Damals aber standen Deutschland noch die Oelfelder von Gasse zur Verfügung, es war Sorge des Generalstabes, auch die Rumänien zu gewinnen. In einem neuen Krieg könnte Deutschland isoliert und blockiert werden. Die motorisierten Kriegsschiffe, die Luftschiffe und Autos aber würden gebieterisch ihre Nahrung fordern. Und nun beginnt in den Laboratorien ein atemraubender Kampf voll Spannung mit der Natur selbst. Man zerlegt das Petroleum in seine Elemente. Man versucht, die Arbeit der Elementarkräfte nachzuahmen, die Atome zu zwingen. In allen Teilen Deutschlands sitzen Gelehrte und suchen den Weg, der der Natur ihre Geheimnisse entlockt.

Erfolgreich gestaltet sich die Versuche Franz Fischers, der am Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung experimentierte. Konnte man früher die Verflüssigung der Kohle erst durch Hochdruck von mehr als 100 Atmosphären erreichen, gelang dies jetzt schon bei einer Temperatur von 200 bis 300 Grad. Aber den großen geschäftlichen Erfolg bestimmte Bergius ein. Er kombinierte die verschiedenen Versuche, gründete eine Aktiengesellschaft für Steinkohlensverflüssigung und fusionierte sie später mit den IG-Farben.

Man hatte einen Sieg über die Natur errungen. Das Schlimme war nur: Sie produzierte billiger als die Gelehrten. Es wurde zum Staatsinteresse erklärt, ihrem Dumping entgegenzutreten.

Die Führer des „dritten Reiches“ begriffen ihre vaterländische Pflicht: den IG-Farben muß geholfen werden. Der Staat muß sie tatkräftig unterstützen, damit im Kriegsfall der ganze Benzindbedarf in Deutschland produziert werden kann. Eine solche Umstellung wäre natürlich nicht von heute auf morgen möglich, deshalb muß schon jetzt beschleunigt die Produktion gesteigert werden. Nach den Plänen der IG-Farben-Veltung soll schon in diesem Jahr dreimal soviel Leuna-Benzin als bisher auf den Markt gebracht werden, nämlich statt 120.000 Millionen Tonnen 400.000 Millionen. Wer aber soll die Kosten tragen? Die Arbeiter und die Verbraucher natürlich. Die IG-Farben verpflichtet, zehntausend Arbeiter einzustellen — zu welchen Bedingungen, das schreibt sie vor. Die Regierung garantiert den IG-Farben für das Leuna-Benzin einen entsprechend hohen Preis. Das bedeutet noch viel höhere Rölle für Petroleum und Benzin, das bedeutet, daß jeder Kraftfahrer, jeder Automobilist für Benzin viel mehr zahlen muß. Es werden also aller Wahrscheinlichkeit nach weniger Autos gekauft werden und man wird in der Automobilindustrie mehr als zehntausend Arbeiter abbauen. Aber was tut das? Den IG-Farben wird geholfen.

Aber man braucht auch andre Rohstoffe, über die Deutschland nicht verfügt. Um ihre künstliche Herstellung ringen andre Gelehrte. Kommt der Krieg, wird es bestimmt ein gutes Geschäft für die Industrie. Schon ist es gelungen, künstlichen Gummi herzustellen. Nicht sogenannten Kautschuk, sondern beste Qualität, die sich in nichts vom echten unterscheidet. Nur im Preis: er ist zehnmal so hoch wie der gewöhnliche Naturgummi. Aber wenn der Krieg kommt, wird der Preis keine Rolle spielen. In Leuna wartet man auf ihn.

Luftverkehr

Tagesdurchschnitt der beförderten Personen

Die amerikanische Transcontinental and Western Air Company veröffentlichte eine Statistik, wonach in den verschiedenen Ländern der Welt im Tagesdurchschnitt folgende Anzahl Personen befördert werden: Vereinigte Staaten: 1.882, Deutschland 270, England 189, Italien 118, Frankreich 101, Sowjetrußland 77 und Japan 22. Außer dem im Tagesdurchschnitt täglich befördert werden: 11 Pfund — 43 Gramm) Vereinigte Staaten 21.040 Pfund, Sowjetrußland 2946 Pfund, Deutschland 2.072 Pfund, England 1.824 Pfund, Frankreich 682 Pfund, Italien 281 Pfund und Japan 239 Pfund.

2000 neue Flughäfen in USA.

Zur Förderung der privaten Luftfahrt sollen in den Vereinigten Staaten 2000 neue Flughäfen gebaut werden, wozu 10 Millionen Dollar erforderlich sind. Der Plan wird von seiten der Regierung (Civil Works Administration) finanziert.

Flugzeugfabrik in China

Die Curtiss-Wright Aircraft Corporation of U. S. A. plant die Errichtung einer Flugzeugfabrik. Die chinesische Regierung hat ihre Hilfe bei der Finanzierung des Werkes, das 5 Millionen Dollar kosten soll, angefordert. Im ersten Stadium der Ausführung des Projektes wird das Material von den Vereinigten Staaten aus verschifft werden, doch später soll die Lieferung von Flugzeugmotoren von Patterson (New Jersey) aus erfolgen.

Kommt ein Außenhandelsmonopol?

Eigennutz vor Gemeinnutz

Der Regierungsdirektor Dr. Gustav Schlotterer, Hamburg, untersucht in der „Deutschen Volkswirtschaft“, Nr. 1, „Der Weg des deutschen Außenhandels“ die Exportmöglichkeiten der „Nationalwirtschaft“. So präventiv und verworren die Sätze des Schlotterer sind, dennoch zeigt sich in ihnen, daß die harte Realität die Nazis zum Nachdenken zwingt; da sie aber weder eine Wirtschaftsobertragung noch eine Wirtschaftserfahrung besitzen, sondern nur Romantik und Ideen frühkapitalistischer Zeiten, kommt ihr Nachdenken zu verkehrten oder machinenfärmerischen Resultaten. So bei den Christen, bei den Unchristlichen werden Privatwünsche national getarnt. Der Kern von Schlotterers Ausführungen ist der Wunsch, den Außenhandel einzelnen Spezialisten monopolistisch anzuschließen: „Würde die Bearbeitung der Außenhandelsbeziehungen wieder vorwiegend dem Spezialhandel gesichert, so hätten wir in ihm bestimmt die volkswirtschaftlich billigste Form des Außenhandels, und zwar schon deshalb, weil er dann viel wirksamer den für Deutschland so wichtigen Transithandel, der immer nur vom Spezialhandel gemacht werden kann, bearbeiten würde. Entscheidend aber ist, daß die Ausschaltung des Spezialhandels die Träger der Außenhandelsbeziehungen ins Ungeheure und Unberechenbare vermehrt: zu ihm gehört jetzt jeder kleine Industrielle, der eine Ware direkt exportiert, jeder Einzelhändler, der direkt vom Ausland bezieht. Durch diese Verbreiterung der Außenhandelsfähigkeit wird der deutsche Außenhandel ein schwerfälliger Koloss, unbeweglich, ungeordnet, unübersehbar, unlenkbar. Die enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Körperschaften auf der einen Seite und Außenhandelssträgern auf der anderen Seite, jene Anleihenarbeit, die für einen richtigen Aufbau unserer Handelsbeziehungen im Sinne der gesamten nationalökonomischen Entwicklung unentbehrlich ist, wird unmöglich. Wie einfach ließe sich die Desinfizierung der Wirtschaft, wie wirksamer der Schutz unserer Nahrung, wie beweglicher unsere Handelspolitik, wie erfolgreicher unsere Außenpolitik gestalten, wenn unsere Handelsbeziehungen zu den ausländischen Staaten durch einen relativ kleinen Kreis von Spezialhändlern gingen! Es ist sicher, daß die Industrie weder beim Export noch beim Import zettlos ausgeglichen werden kann. Wohl aber läßt sich die Begrenzung ihrer Außenhandelsfunktionen auf bestimmten Gebieten und im übrigen eine klare Arbeitsteilung zwischen Sozialhandel und Industrie bzw. Binnenhandel denken. Was also nottut, ist die Bildung eines Außenhandelsstandes, dem allein die Aufgabe vorbehalten bleibt, Deutschlands Handelsbeziehungen zum Ausland zu regulieren.“

Auch ein „Erbhof“

Der Flick-Konzern wird Familienunternehmen

Die „Deutsche Volkswirtschaft“ (1) bepricht enthusiastisch die Transaktionen im Flick-Konzern, die aus dem Unternehmen einen „Erbhof der Familie Flick“ geschaffen haben. Herr Flick hat 1932, bei seiner letzten Transaktion, das Reich reichlich materiell in Anspruch genommen. Die „Deutsche Volkswirtschaft“ meint, daß eine solche Transaktion einen „anderen Charakter“ habe. Nun macht sich das Naziblatt seine Sache leicht, Einzelheiten weiß es nicht zu sagen: „Die Einzelheiten dieser neuen Transaktion, die sich wohl ausschließlich im Innern des Konzerns abspielen werden, gehören nicht in den Rahmen dieser Unternehmung“. Feil steht, daß der Flick-Konzern eine Umwidmung durchführt, in deren Rahmen er die ausstehenden Aktien zu einem sehr lukrativen Umtausch ihres Aktienbesitzes einläßt; also eine kapitalistisch-geschäftliche Anleihenarbeit, deren Sinn oder Umfang, Wert oder Umwert nur auf Grund intimster Sachkenntnis festzustellen wäre. Die Realität der „Deutschen Volkswirtschaft“ aber läßt sie zu folgendem Schluß hinarbeiten: „Anschließend dieser Vorgänge darf man wohl sagen, daß der Nationalsozialismus geradezu Wunder bewirkt. Wenn wir in einem früheren Stadium die undurchsichtigen Aktionen des Flick-Konzerns einer scharfen Kritik unterziehen müßten, so wollen wir nicht unterlassen, diese Umwälzung, die hoffentlich die letzte legislative Transaktion des Flick-Konzerns ist, zu begrüßen.“

Nationalsozialistische „Saboteure“

Enttäuschte Anhänger

Oberbürgermeister Gebauer in Bielefeld gibt bekannt: Durch polizeiliche Feststellungen sei einwandfrei erwiesen, daß der Fahrradhändler Heinrich Börschen, ein früheres Mitglied der NSDAP, sich der Sabotage an nationalsozialistischen Ausbauprojekten schuldig gemacht hat und daher des Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung verurteilt und verurteilt ist. Börschen, der sich seiner Verurteilung durch die Flucht nach Belgien entzogen hat, wurde vom Kreisleiter Riem mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Neben parteischädigenden Verhaltens sind ferner die Parteiacquieszenz Friedrich Grundmann und Dr. W. Gahander aus der NSDAP ausgeschlossen worden. Diese beiden wurden ebenso wie der Kraftwagenführer Schürer, der den flüchtigen Börschen zur Grenze gebracht hatte, in Schutzhaft genommen. Börschen hatte in unterschätzlichen Briefen grundlose Verdächtigungen und Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung und die Kreisleitung erhoben. Seine Freunde Grundmann und Dr. Gahander haben seine Flucht erleichtert dadurch, daß sie die gemeinliche Anmietung eines Kraftwagens verschwiegen.

Den Beruf verfehlt

Wohltätiger Gerichtsvollzieher begeht Selbstmord

Leipzig, 25. Jan. Der frühere Obergerichtsvollzieher Wilhelm Kleinert aus Grünberg (Schlesien) vertrat am Donnerstag eine von ihm eingeleitete Revision gegen das Urteil des Landgerichts Magdeburg, durch das er wegen Amtsunterschlagung und Urkundensäufung mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden war. Diese Revision wurde verworfen. Alsobald nach der Verkündung dieser Entscheidung durch das Reichsgericht beging Kleinert einen Selbstmordversuch, indem er mit einem Rasiermesser sich schwere Verletzungen am Hals beibrachte. Er wurde zunächst in die chirurgische und von dort in die Nervenklinik der Universität Leipzig gebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Kleinert hat sich die Strafen angezogen, weil er in vielen Fällen, wo er wirkliche Not antrat oder die der Zwangsstrafung unterliegenden Schuldner ihm ihre Not sagten, zunächst aus eigenen Mitteln die durch Vollstreckung zu erlangenden Beträge vorgeschossen hat; später hat er sich dazu verleiten lassen, mit fremden Geldern, die er für andere Gläubiger eingesetzt hatte, hier auszubahlen. Kleinert hatte gehofft, daß in Anbetracht der tatsächlich nachzuweisenden Uneigennützigkeit seiner Handlungswelt das Reichsgericht die gegen ihn erkannte Strafe aufheben werde. Das Reichsgericht hat dazu aber keine gesetzliche Möglichkeit gehabt.

„Arische Feuerwehr“

Der preussische Minister des Innern weist in einem Erlass über die Bildung freiwilliger Feuerwehren vom 13. Januar 1934 darauf hin, daß in die freiwilligen Feuerwehren möglichst alle arisierten Männer eintreten sollen. Bedingung ist: arische Abstammung.

„Kündigungsschutz“

Als großer sozialpolitischer Erfolg wird von der Presse der DWA gemeldet, daß die Arbeiter der Maschinenwerke (vorm. Gold, Richter u. Co.) Frankfurt am Main, einen Kündigungsschutz von 7 Kalendertagen genießen, wenn sie mißbehaltend ein Jahr lang angestellt sind.

Ja, werden die Arbeiter denn noch der siegreichen Arbeitsschlacht entlassen?

Kirchen als Parteilokale

Nazi-„Gottesdienst“ am 30. Januar

Der Reichsbischof hat, wie der Evangelische Pressedienst mitteilt, an die Landeskirchen eine Reihe von folgenden Erlassen gerichtet: Am 30. Januar 1934 ist der Jahrestag der Verurteilung unseres Führers zum Kanzler des Deutschen Reiches. In Dankbarkeit gegen Gott gedenkt das deutsche Volk an diesem Tage ganz besonders der Heterität Adolf Hitlers.

Ich rege deshalb an, daß am Dienstag, dem 30. Januar 1934, in den Kirchen Abendgottesdienste stattfinden, die der Bedeutung dieses Rechnung tragen.

Sturm über Asien

Von Dr. Tsang Leang Li

Wenn nicht alle Anzeichen aus dem Fernen Osten trügen, daß sich seit einigen Monaten ein gewaltiges Gewitter über dem Hochlande Innerasiens zusammen, das sich zwischen dem großen Schlingengebirge der Mandchurie, dem Baikalsee, dem Großen Altai, dem Hochland von Pamir und dem Himalajagebirge zu entladen droht. Von drei Seiten haben die Kräfte, denen an der Beherrschung des mongolisch-tibetanischen Hochlandes gelegen ist, in das Innere des Südens und Steppengebieten vor: im Nordosten Japan, das über den Großen Schlangenweg durch die Provinz Schachar den östlichen Teil der Mongolei mit der alten Hauptstadt Ulan-Bator unter seine Vorherrschaft zu bringen und damit die Sowjetprovinzen Ostasiens von Wladiwostok bis Schostka strategisch und ökonomisch unhaltbar zu machen sucht. Von Westen Rußland, das vom Großen Altai und vom Hochland von Pamir den westlichen Teil der Mongolei, Ost-Turkestan, auch Provinz Sinciang genannt, zu durchdringen beabsichtigt. Schließlich von Süden aus England und seiner indischen Kolonialmacht, das seine Einflusssphäre in Tibet nach dem Tode des Dalai-Lama zu einer Schutzherrschaft auszubauen sucht. In allen Fällen ist das eigentliche „Große Reich der Mitte“, China, der leidende Teil, da es durch den ewig sprudelnden Bürgerkrieg und die augenblickliche Unfähigkeit, eine militärisch wertvolle Armee im Kampfe um den alten Besitzstand des Reiches einzusetzen, militärpolitisch außer Kurs gesetzt worden ist.

Wladiwostok

Die letzten Verwehen aus Ostasien, die von einem vorwiegend japanischer Truppen aus der Linie Doloron-Kalgan entlang der großen Karawanenstrasse nach Ulan-Bator, der mongolischen Hauptstadt, zu melden wissen sind vor allem in Rußland als Alarmzeichen empfunden worden, da ein Vordringen japanischer Dislokationstruppen aus der Mandchurie in die innere und äußere Mongolei die operative Lage am unteren Amur vollkommen verändern würde. Japanische Truppenteile in Ulan-Bator wären sehr wohl in der Lage, durch Klugenge und Fernschüsse die östliche Bahn an ihrer befestigten Stelle, in der Gegend von Irkutsk zu beherrschen, wo sie durch schwieriges Gebirgsland einen Bogen um den Baikalsee schlägt und durch unweitere Steppengebiete über Beresin-Ubins die Gegend von Schita zu erreichen sucht. Im Besitz der äußeren Mongolei mit dem Schangalagebirge könnten japanische Truppenteile mit Leichtigkeit durch ein Vorgehen gegen den Baikalsee die russischen Amurprovinzen vom Mutterlande abschneiden. Damit wäre allein schon der russische Ostasienbesitz, der seit dem 16. Jahrhundert politisch und ökonomisch mit Moskau verbunden ist, strategisch mattgesetzt und praktisch in die Hände Japans übergegangen.

Nachdem bereits Ivan der Schreckliche durch den Kosakenhäuptling Jermak die Grenzen seines Reiches über den Ural nach Westsibirien hatte vortragen lassen, gelang es den Russen im Jahre 1689, chinesische Truppen hinter den Baikalsee zurückzuwerfen und im Jahre 1845 die ostasiatische Küste zu erreichen. Unter Leitung des Admirals Rebellin wurde der untere Amur strategisch erkundet und die See- und Provinz von der koreanischen Grenze bis zur Uda-Bai besetzt. Um einen möglichst eisfreien Hafen zu erhalten, wurde in den vier Jahren Wladiwostok zur russischen Notendock am Japanischen Meer ausgebaut. Seit dem Weltkrieg macht sich jedoch ein unaufhörliches Vor-

dringen Japans am asiatischen Kontinent bemerkbar, das zunächst friedlich das Reich der Mitte und die Mandchurie durchdring und dann auch das Geleitz des militärischen Handels vor allem im Norden Chinas an sich riß. Mit der handelspolitischen Invasion Japans in der Mandchurie, in Jehol und in der Mongolei konnte Rußland Sibirien keineswegs Schritt halten. Der einzige Schienenstrang der transsibirischen Bahn war natürlich nicht in der Lage, den handelspolitischen Kampf mit Japan aufzunehmen, das sich südlich von Wladiwostok drei neue völlig eisfreie Häfen schuf, deren wichtigerer Kapsin, durch einen Bahnbau mit dem mandchurischen Eisenbahnnetz direkt verbunden wurde. Man entschied sich zweifellos der ostasiatische russische Besitz im Steppengebiet der Mongolei.

Mongolei

Japanische Truppen haben in Gjuinan, einem Dorfe zwischen Doloron und Kalgan, einen Flugplatz angelegt, der mit dem japanischen Fluglande in der Konzession von Tientsin Verbindung aufgenommen hat und mit allen wichtigen mandchurischen und japanischen Flugplätzen in Verbindung steht. Weiter hat der japanische Truppenkommandeur, der den chinesischen General Einkwartung, der in die entmilitarisierte Zone zwischen Peking und Kalgan eingebrochen war, zurückgeworfen sollte, einige Detachements gegen die große Karawanenstrasse von Kalgan nach Ulan-Bator vorgeschickt, die sich dort festgesetzt und hässlich niedergelassen haben. Die Straße ist die wichtigste Verbindungslinie von Nordchina nach der mongolischen Hauptstadt und nach dem Baikalsee und ist seit einigen Jahren auch für Automobile befahrbar. Vermutlich wird sich das japanische Kriegsministerium die herrliche Gelegenheit nicht entgehen lassen, aus diesem Anlaß japanische Kavallerie in die äußere Mongolei, und zwar sowohl in die Gegend von Ulan-Bator wie auch in Richtung des Großen Altai vorzuschieben. Seit Monaten ist dieser Schritt von Tokio vorbereitet worden. Man hat dort ganz betont das Protektorat über die innere und äußere Mongolei für sich in Anspruch genommen und den mongolischen Märkten Tschwana, einen gebildeten, jungen Mann von 30 Jahren, nach Japan eingeladen. Tschwana gehört zu der Strömung in der Mongolei, die eine Verbindung mit der japanisierten Mandchurie und mit Japan erstrebt. Das wichtige Motiv dieser Bewegung ist zweifellos die Angst vor Rußland und den Sowjet-Kollektivierungsmethoden, mit denen in der äußeren Mongolei der Großbetrieb an Land und Herden, die sogenannten Kanerksirten, enteignet wurden. Der Widerstand gegen das Sowjetregime ist zwischen Ulan-Bator und dem Großen Altai ständig im Wachsen, so daß zweifellos ein japanischer Einmarsch auf einen wichtigen Teil der Bevölkerung den besten Eindruck machen würde. Japan hat dazu alles getan, um von der Mandchurie aus eine mongolenfreundliche Politik zu treiben und der kommunistischen Agitation im Innern Asiens die Stirne zu bieten.

Ostturkestan

Etwas anders liegen die Dinge in der Provinz Sinciang, dem chinesischen Turkestan, das zwischen Himalajagebirge, Hochland von Pamir und dem Großen Altai gelegen ist und dem Eindringen des Sowjetregimes wenig Widerstand entgegenzusetzen vermag. Es ist dort den Sowjetmilitären aus den benachbarten sibirischen Provinzen bis zu einem gewissen Grad gelungen, „Zisel und Hammer“ über Turkestan auf-

zupflanzen und die chinesischen Ortsbehörden und Gendarmerieformationen aus dem Lande zu treiben. Das wichtigste Stützmittel war dabei der mohammedanische Glaube der Bevölkerung im Tarimbecken und im Großen Himmelsgebirge, der von den Massen systematisch zum Kampf gegen den buddhistischen Bevölkerungsanteil ausgenutzt wurde. Mehr als jedesmal wurde in den letzten Jahrzehnten Turkestan von chinesischen Truppen zurückerobert. Seit der militärischen Fällung der Zentralregierung in Nanjing gelang es jedoch Rußland, sowohl die Dsungarei wie das Tarimbecken mit seiner Hauptstadt Katschgar zu durchdringen und durch Karawanenwege und einen Schienenstrang an Westsibirien anzuschließen, so daß man heute Turkestan als eine sowjetrussische Militärprovinz betrachten muß.

Tibet

Auch im Süden des mongolisch-tibetanischen Hochplateaus brauen sich Wetterwolken zusammen, um an dem drohenden Gewitter Anteil zu nehmen. Der britische Vizekönig in Indien ist nach dem Tode des Dalai-Lama dazu übergegangen, das britische Einflusgebiet über Tibet, das offiziell immer noch der chinesischen Zentralregierung untersteht, zu einer englischen Schutzherrschaft auszubauen. England steht zweifellos hinter dem fürzlich in Aisch gekommenen vorwiegend tibetanischer Truppen gegen die chinesischen Grenzprovinzen Szechuan und Yunnan. Weiters ist die englische Militärmission und Garnison in der tibetanischen Hauptstadt Lhasa erheblich verstärkt worden, eine Maßnahme, die man in China sicherlich nicht mißverstehen wird. — Britisch-Indien betrachtet in das nördlich des Himalaja gelegene Tibet seit der Expedition des Obersten Younghusband als sein Einflusgebiet, das sich jederzeit dem indischen Handel und Verkehr zu öffnen hat. Englische Ingenieure bauten die ersten Telegrafienlinien und Autostrassen, die allerdings in einem sehr dünnen Netz heute das Gebiet von Tibet durchziehen. Wenn der britisch-indische Vizekönig heute den englischen Einfluss auf Tibet zu verstärken sucht, dann geschieht dies zweifellos aus der Erkenntnis heraus, daß im innerasiatischen Hochland eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Japan und Sowjetrußland in Ruß kommen ist, bei der sich auch Britisch-Indien eine Teil „Glacies“ durch die Beherrschung von Tibet zu schaffen sucht.

Letzten Endes wird der Kampf im mongolisch-tibetanischen Hochland um zwei wichtige Dinge ausgefochten werden: um die japanische Parole „Asien den Asiaten!“ und um den Zusammenprall zwischen dem Sowjetkommunismus und dem betont nationalistischen und faschistischen japanischen Regime.

Dah die Zentralregierung in Nanjing und ihr militärischer Führer Tschiangkaichai hier zwischen zwei Feuern stehen, ist das tragische Moment des Reiches der Mitte. — Im Norden von Japan, im Süden, in der Provinz Fujien und in Kanton von den kommunistischen Revolten bedroht, steht dieser Mann zwischen den Fronten, die im Nordosten und im Nordwesten des großen Reiches in Bewegung geraten. Das Schlachtfeld, auf dem sich aller Voraussicht nach japanische und russische Truppen treffen, ist aber gleichzeitig die große Länderbrücke zwischen Indien, China und Innerasien, eine strategische Schlüsselstellung, die dem japanischen Traumland die fernsten Zukunftsmöglichkeiten zu erschließen vermag.

Brief aus der Tschechoslowakei

Die unterirdische nationalsozialistische Bewegung

Es wäre falsch zu meinen, daß das Verbot der sudetendeutschen Nazibewegung dieser tatsächlich ein Ende gemacht habe. Wer Land und Leute wirklich kennt und mit ihnen zu sprechen weiß, der ist bald darauf gekommen, daß die Nazianhänger ihre Meinung nicht geändert haben; sie warten, sie warten stumm, und nur die Mutigsten von ihnen, nicht eben allzuvielen, finden sich in eisernen getarnten Vereinen zusammen, um ihre Hoffnungen und Wünsche zu besprechen. Aus dem Reich her erhalten sie ihre Nachrichten, die immer für einen nahen Zeitpunkt eine große politische Wendung prophesieren. Da heißt es: „Noch drei Wochen Mut, dann ist Oesterreich unser und dann werden wir unsere ganze Kraft auf Sudetendeutschland werfen!“ Und ähnlicher Prophezeiungen gibts mehr.

Das Seltsame ist, daß die Sudetendeutschen immer wieder seit mehreren Monaten diesen Bottschaften trauen und daß sie vorläufig einfach nicht zu enttäuschen sind. Nach der Psychose! Ihre Nachrichten aus dem Reich bekommt die unterirdische Bewegung auf mehrere Art. Für Sudetendeutschland hat die Hitlerei im Reich eine eigene Zentrale in München. Von drei Stellen aus werden Propagandamaterial, Besehle usw. in die Republik gebracht: von der bayerisch-tschechischen Grenze aus München direkt; eine Zeitlang gingen die Kuriers von München zunächst nach Salzburg und Linz und dann über die oberösterreichisch-tschechische Grenze nach Budweis, doch ist dieser Weg aus der Mode gekommen; der zweite Weg geht nun von Dresden nach Prag. In Prag haben die Nazi eine Art Zentrale. Das sieht auf den ersten Blick wahnsinnig aus; um das zu verstehen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß die Sudetendeutschen ja kein geographisches Zentrum haben und daß es natürlich viel schwerer ist, in den kleinen, wenn auch reindeutschen Städten illegale Organisationen aufzubauen, als etwa in der, wenn auch tschechischen, Großstadt Prag; außerdem hat man an der Gesundheitszustand des Reiches eine heimliche Stütze. Man erinnere sich, daß ein Legationsrat der Wiener deutschen Gesandtschaft aktive österreichische Politik macht und daß er hierbei der Polizei in die Hände fiel. Man wird hiernach unsere Behauptung für durchaus möglich finden. Der dritte Weg, auf dem die Nazi ihre Verbindung zu Sudetendeutschland aufrecht erhalten geht von Wien aus. In Wien gibt es seit einigen Wochen Naziemigranten aus der Tschechoslowakei, die von Wien aus entweder über Prag oder über Preßburg ihre Fäden in die Heimat spinnen. Die Aufgabe der Naziganntation ist es, die Bewegung in Sudetendeutschland nicht einschläfern zu lassen. Große Massen kann sie durch das Parteiverbot natürlich nicht an sich binden, aber es gelingt, den Funktionärapparat aufrecht zu halten, in einzelnen Orten sogar ihn auszubauen und dieser Funktionärapparat trägt nun in die Sympathisanten und von

früher als parteigenösslich bekannten Kreise die Zustimmung des Warten auf die große Wendung, auf das ungeheure Ereignis, auf Krieg oder Umsturz in Oesterreich und was immer sich Verbundpolitiker unter dieser Wendung vorstellen mögen. Unter den heutigen Verhältnissen und bei dem starken Druck, unter dem die Nazi in der Tschechoslowakei stehen, ist dieser Stand ihrer Bewegung ein großer Erfolg, den man nicht unterschätzen soll. Denn dadurch ist es ihnen möglich, in dem Augenblick, in dem die österreichischen Kräfte und Gegenkräfte in Bewegung kommen, mit einem Schlag eine starke Aktivität zu entfalten. Auch die vollständige Heimwehroschisierung Oesterreichs gibt ihnen diese Chance, denn auch dieser Faschismus isoliert die Tschechoslowakei und kommt einer erheblichen Schwächung der kleinen Entente überhaupt gleich. Nun fassen die Nazi natürlich diese mögliche Entwicklung in Oesterreich nur als Vorpiel zu einem braunen Oesterreich auf. Tessen Schwierigkeiten, hauptsächlich den Widerstand Italiens und Frankreichs, kennen die Nazi sehr gut, aber sie überschätzen sie nicht; sie sagen, vor vollendeten Tatsachen habe sich Europa noch immer gebeugt. Wenn es ihnen gelingt, diese Tatsachen zu schaffen, haben sie eine weitere Etappe auf ihrem Weg zurückgelegt. Die ganze Entwicklung des Nazisystems seit der Machtergreifung gibt diesem Grundsatz recht: vor vollendeten Tatsachen beugt sich Europa und die Nazi nehmen an, man wird sich vor den Tatsachen, die sie in Oesterreich mit demühter oder unbewußter Hilfe der Heimwehr ebenso wie in Sudetendeutschland setzen wollen, genau so beugen.

Alle diese Dinge sind von unheimlichster Gefahr, aus ihnen kann über Nacht die große europäische Katastrophe steigen, die es den Nazi ermöglichen soll, eine neue europäische „Ordnung“ zu schaffen, die den Plänen der Alldeutschen aus der Weltkriegszeit entspricht. Wer die tschechische Presse durchsieht, wird finden, daß die Tschechen der großen Gefahr, in der ihr Staat und ihre Freiheit sich befinden, nicht unvorbereitet gegenüberstehen; ihr Nationalismus ist im Wachsen und bald wird er die Intensität von 1918 erreicht haben. Vor Anbruch der Hitlerei sah es so aus, als werde es den Tschechen gelingen, Grundlagen zu schaffen, die es allen Nationalitäten der Republik ermöglichen werde, friedlich zusammenzuleben; diese Möglichkeiten sind im Schwanden; denn nicht nur die Nazitätigkeit selbst, auch deren Zusammenspiel mit den Madjaren und der Revisionspolitik hat die friedlichen Zukunftsaussichten verschüttet. Es ist kaum anzunehmen, daß sie vor Hitlers Ende wieder aufleben werden. So warten denn nicht nur die Nazi in der Tschechoslowakei, es warten auch die Tschechen. Dieses Warten ist eine Nervenprobe und -belastung, von der für Europa sehr viel abhängt.

Balkan

Paris, 25. Jan. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz der Kleinen Entente ist, wie aus Konferenzkreisen verlautet, die Genehmigung des Entwurfs eines Balkan-Paktes.

Den die Außenminister der Kleinen Entente in der vergangenen Woche in Paris besprochen hatten. Die vertraglich verbindenden Parteien übernehmen die Verpflichtung, sich die Sicherung der Grenzen gegenseitig zu garantieren.

Die Agentur Radio meldet aus Athen folgende Einzelheiten über den Balkanpakt:

1. Nichtangriffspakt unter den vertraglich verbindenden Staaten.
2. Regelung aller Streitigkeiten durch Schiedsgericht außer in den Fällen, wo es sich um legale Verteidigung handelt oder wo der Artikel 16 des Völkerbündendpakts über die Anwendung von Sanktionen eintritt.
3. Die vertraglich verbindenden Parteien bilden ein permanentes Schiedsgericht.
4. Im Falle dieses Schiedsgericht zu keinem Urteil kommt, werde der Internationale Dazeger Schiedsgerichtshof oder der Völkerbündensrat angerufen.
5. Die vertraglich verbindenden Staaten verpflichten sich, jedem Staat mit Hilfe gegen einen andern Staat beizustehen, der vom Völkerbund als Außerer bezeichnet wird.
6. Die vertraglich verbindenden Staaten stehen sich gegenseitig bei, um am Balkan den politischen und territorialen status quo aufrecht zu erhalten.

Bulgarien nicht

Nach Erklärungen an antunterrichteter Stelle soll der bulgarische Gesandte Ministerpräsident Tsaldaris davon in Kenntnis gesetzt haben, daß Bulgarien mit allen Nachbarstaaten gute Beziehungen zu unterhalten wünsche, daß es sich jedoch am Balkan-Pakt nicht beteiligen werde.

Die Schweiz

Verstärkter Grenzschutz

Im Zusammenhang mit dem von den deutschen Nazi-Banden verursachten Blutbad hat die baselstädtische Regierung an den Bundesrat das Begehren um Verstärkung des Grenzschutzes gestellt. Der Bundesrat hat sich gestern mit dem Gesuch befaßt und die Oberzolldirektion mit der Verantwortung desselben beauftragt. Grundlegend heißt der Bundesrat fest, daß der Grenzschutz Sache der Kantonalpolizeibehörden sei und das eidgenössische Grenzschutzkorps die ausschließliche Aufgabe des Soldienten habe. Durch die Angelegenheit der beiden Verbrecher ist man im Bundesrat erneut auf die Frage der Schaffung einer eidgenössischen Polizei zu sprechen gekommen. Dieses Problem soll weiter geprüft werden.

Rebellion in Nordschleswig

In einer parteifamilien Mitteilung wird die Aufhebung der SA, des Roten und Marineinfurmes in Nordschleswig bekanntgegeben. Offiziell wird die Maßnahme damit begründet, daß man dem „Führer“ keine „ansehenpolitischen Schwierigkeiten“ machen wolle. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die in die Hitlers-Armee eingereichten Jungbauern in Nordschleswig den ganzen Ostentzug schwindel erndet und offen rebelliert haben.

Narrhalla in Blüte

Münchener Fasching unter Nazi-Protectorat

Man hat häufig versucht, den Fasching an die Ufer der Pleisse zu verpflanzen. Vergebliches Bemühen! Trotz gewisser verwandtschaftlicher Verbindungslinien zwischen den Rundschädlern dinarischer Rasse gelang es nie, Münchener Hamur nach Leipzig zu bringen. Die Leipziger reagieren sich ihre Minderwertigkeitskomplexe dadurch ab, daß sie begeisterte Berichte aus München in ihrer Presse finden. So die altberühmten „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

Worin im einzelnen die Eigentümlichkeit des Münchener Faschings besteht, läßt sich nicht mit wenigen Worten definieren und abstrahieren, denn hier handelt es sich um stammesmäßige, altbayerische „Imponderabilien“, um schönste Offenbarungen einer eigenwilligen, starken Volkseele, um den Ausdruck einer ganz bestimmten Lebenshaltung.

Auch am Rhein wird Fasching gefeiert, auch dort herrscht Wochen hindurch Ausgelassenheit und Uebermut; doch wird man niemals den Münchener Fasching mit dem rheinischen Karneval vergleichen können. Der Münchener nimmt den Fasching ernster und seine Ausdauer im Feiern der Feste ist nicht zu übertreffen. Mehr als sonstwo erfährt der Fasching in München alle Schichten der Bevölkerung und nicht zumindest die ärmeren Volkskreise. Die Statistik des Leihhauses verzeichnet alljährlich während der Faschingswochen ein gewaltiges Ansteigen der beliebten Pfänder, denn die Zahl derer ist groß, die unter allen Umständen dabei sein wollen, selbst wenn sie sich für einige Zeit von den notwendigsten Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens trennen müssen. Böse Zungen behaupten, daß sich viele Münchener in dieser Hinsicht mit dem Känguruh vergleichen lassen, das ja auch gerade mit leerem Beutel die größten Sprünge zu machen in der Lage sei.

Die bayerische Regierung ordnete diesen ersten Fasching im neuen Bayern der höheren Idealselbstloser Opferbereitschaft und volksverbundener Herzensgüte unter, und in schöner Weise dient heuer die Festesfreude und Lebensbejahung dem Winterhilfswerk und der Arbeitsbeschaffung. Auch ein Faschingsorden wurde geschaffen, der gestaffelt in drei Klassen erworben werden muß und dessen Erlös ausschließlich den von Not und Krankheit Bedrängten zugute kommt.

Mit vollen Segeln ist München am 7. Januar, dem Tage nach dem Dreikönigsfeste, in den Fasching eingelaufen, und diese lustige Fahrt endigt erst nach sechs Wochen in der Nacht zum Aschermittwoch. Noch niemals wurden die Säle der Stadt, in denen Prinz Karneval sein Zepter führt, so prächtig ausgestattet wie heuer. Die ersten Künstler und die tüchtigsten Dekorateure standen hier in edlem Wettbewerb miteinander und Tausende von Handwerkern und Arbeitern fanden überdies lohnende Beschäftigung.

In der Jahrhunderte alten Tradition des Münchener Faschings spielt auch die Karnevalsgesellschaft Narrhalla eine besondere Rolle. Sie pflegt diese Tradition, sie hält streng auf die Einhaltung eines künstlerischen Niveaus, zudem von jeher der Münchener Fasching sehr viele Fremde aus dem ganzen Reich und auch aus dem Ausland hierherführte. Der Narrhalla fällt aber auch die ehrenvolle Aufgabe zu, alljährlich den Prinzen Karneval zu wählen und diesem die Autorität für die Ausübung seines wichtigen Amtes zu übertragen. Mit großem Pomp hielt dieser bereits

seinen Einzug in der Hochburg des Münchener Faschings, im „Deutschen Theater“.

Staatsminister Esser und Oberbürgermeister Fiehler empfingen den neuen Prinzen in feierlicher Audienz, und die Worte, die dieser an die Öffentlichkeit richtete, zeugten von dem tiefen Ernst, mit welchem er sein Amt des Frohsinns mit einer hohen sozialen Aufgabe zu vereinen bemüht ist, die ihm in diesem Jahre des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Not ganz besonders gestellt ist.

Allein in den fünfzehn größten Sälen der Stadt werden in diesen sechs Wochen rund 500 Faschingsfeste abgehalten!

Den Höhepunkt des diesjährigen Münchener Faschings aber bildet schließlich der große Faschingszug am Faschingssonntag. Dreißig Sonderzüge der Reichsbahn werden an diesem Tage die Zuschauer nach München bringen. Hier sollen sich in seltener Harmonie Kunst und Heiterkeit vereinen. Noch einmal werden an diesem Tage Münchener Gemütlichkeit, altbayerischer Frohsinn und Schwabinger Humor an uns vorüberreichen, und da der ganze Festzug einer einheitlichen künstlerischen Leitung unterstellt ist, wurde Vorsorge getroffen, daß er keine schwachen Stellen aufweist. Und wenn dann am Faschingsdienstag die letzten Stunden für den Prinzen Karneval schlagen, so wird man in den grauen Aschermittwoch das Bewußtsein hinüberzetten, daß heuer der Münchener Fasching seine alte Tradition bewahrt hat und daß er darüber hinaus all denen Gutes tat, denen es nicht nach ausgelassener Freude ums Herz gewesen ist.

Da blüht einem das Herz auf. Denn das ist nun kein gewöhnlicher Fasching mehr. Jeder, der in diesem Jahr in München narisch ist, darf das stolze Bewußtsein in jede Maß und in jedes Glas Champus mischen, in diesem „neuen“ Bayern den Idealen selbstloser Opferbereitschaft und volksverbundener Herzensgüte, wie sie im Land Dachau überall praktiziert werden, dienstbar zu sein. Jeder Kuß dient dem Winterhilfswerk und der Arbeitsbeschaffung... Wer auf diesem Gebiet besonders opferreiche Arbeit leistet, ist Anwärter auf einen der neu geschaffenen Orden.

„Tiefer Ernst“ und Frohsinn zugleich: wahrhaftig, wie begreifen die guten Leipziger, wenn auch sie sehnsuchtsvoll in Narrhalla einzuziehen möchten. Sie sind dabei freilich etwas durch Sprachschwierigkeiten behindert. Aber sie ersetzen diesen Mangel durch den angeborenen Humor, der ihrer Sprache entströmt.

Egid I. Kraft durch Freude

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet noch: Prinz Karneval 1934, vom „Elferrat“ der Narrhalla, Münchens ältester und einziger Faschingsgesellschaft erkoren, heißt Egid I. von Narra-Monachia; in Zivil ist er 33 Jahre alt, Diplomkaufmann, Ski- und Faltbootfahrer, preisgekrönter Ziehharmonikaspieler und Sohn des Präsidenten der Narrhalla, Hans Sollfrank. Zum ersten Male wurde der Prinz aus dem Kreise der „Jungelfer“ gewählt; „er wolle“, weiß ein Interviewer von ihm zu berichten, „seine Verpflichtung, der Welt den Humor zu bringen, sehr ernst nehmen... und seine Tätigkeit mit dem Motto der nationalen Feierstunde in Einklang bringen: Nach der Arbeit Kraft durch Freude.“ Sei Wahlspruch lautet: „Einig, gesellig, innig, deutsch!“

Beethoven im Parademarsch

Das verhillerte Radio

Da saß ich neulich am Radio und suchte irgendwo in der Welt ein annehmbares Programm. Plötzlich höre ich eine Stimme, deutsch. Ich halte einen Moment an. Der jetzt im deutschen Rundfunk übliche schleimige Ton „und das ist das Große an Adolf Hitler“... Fort, fort, weiterdrehen. Wieder eine Stimme, wieder deutsch. Schnarrende Kommandos. „Rechtsum, ganze Abteilung kehrt. Brust raus, ihr Schweinebande...“ Natürlich Deutschland, offenbar ein Militärlustspiel oder so etwas Ähnliches... Fort, fort. Wieder Stimmen, diesmal englisch. Ein Dreigespräch über Luftfahrt. Man unterhält sich darüber, ob man besser alle Flugzeuge in der Welt vernichten solle, oder ob Internationalisierung zweckmäßig sei.

Nazideutschland und England. Eine Welt liegt dazwischen. Und Wehmut packt jeden, der das wahre Deutschland liebt.

Nazideutschland hat auch Kultur. Jeden Tag gab es Beethoven. Einmal eine Woche mit Hitler-, Göbbels- und Ley-Reden, dann eine Woche Marschmusik, dann eine Woche Beethoven, fein säuberlich, alle Werke im Parademarsch. Jetzt wird mal Beethoven gehört. Ihr Kerls, verstanden. Ihr müßt doch wissen, daß Deutschland ein Kulturvolk ist. Ja, Beethoven, nur wir können so einen Komponisten (Verzeihung: Tondichter) hervorbringen. Den deutschen Hitler, den deutschen Leutnant und den deutschen Beethoven macht uns doch keiner nach. Eine Woche Beethoven, nur Beethoven, dann wieder Badenweilermarsch usw. Nur hereinspaziert, ihr Herrschaften, garantiert echte germanische Kultur.

Und das tut man Beethoven an, das tut man Deutschland an.

Ja es kam noch schlimmer. Die Beethoven-Woche wurde durch eine Naziredede eingeleitet. Wer dieses Zeug hören mußte, schämt sich heute noch. Beethoven und Hitler, so hieß es etwa, sie sind Brüder gleichen Geistes (Hitler ist

natürlich der Größere). „Warum jetzt eine Beethovenwoche? Nun, das „dritte Reich“ hat — die ganze Welt erkennt es an — wieder die Brücke zu dem Deutschland der Denker und Dichter geschlagen, nachdem das liberalistische Deutschland alles verschüttet hatte. Deutschland ist wieder Kulturvolk, dank Hitler — die Welt erkennt es an. Jetzt können wir wieder Beethoven spielen, denn Hitler ist da. Beethoven war eigentlich ein Nazi (ausgerechnet dieser freiheitliebende Individualist, der die französische Revolution bewunderte und Napoleon haßte, als er sich zum Kaiser krönen ließ). Das liberalistische Zeitalter hat Beethoven verfälscht, es hat seine Neunte in den Himmel gehoben, weil er dort sang „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt“. Aber die Neunte ist nicht der Höhepunkt, sondern die Missa solemnis. Fremde mögen Beethoven achten, nur wir Deutsche (arische Deutsche wohlverstanden, ohne jüdische Großmütter) können ihn verstehen.“

So schwätzte dieser dreiste Bursche. Und dann gab es „Fidelio“, ausgerechnet „Fidelio“. Das hohe Lied der Freiheit. Die Nazis spotten ihrer selbst und wissen nicht wie „Fidelio“ ist heute aktuell, aktuell wie keine zweite Oper. Da hält ein sadistischer Tyrann seinen persönlichen Feind in Ketten „Wahrheit wagte ich zu sagen, und der Kerker ist mein Lohn“. Da heißt es über den Gefangenen „Er muß ein großer Verbrecher sein oder mächtige Feinde haben“. Da singen die Gefangenen auf ihrem Gang durch den Hof des Konzentrationslagers, Verzeihung Gefängnisses: „Seid ruhig, haltet Euch zurück, wir sind belauscht mit Wort und Blick.“ Da tobt Pizarro, der sadistische Tyrann vor seinem wehrlosen, gefesselten Opfer — nun wie Göring vor Dimitroff. Wirklich, diese Oper ist von unerhörter Aktualität, aber Beethoven steht bei der Freiheit, oder ist das auch wieder eine liberalistische Auslegung?

Ja, ja die Herren spotten ihrer selbst. Am Rundfunk saßen aber an diesem Tage Tausende und aber Tausende, die den wahren Sinn des Werkes spürten. Sie waren in dieser Stunde eine Gemeinde, die gleichen Gedanken besaßen sie alle.

Reichsschrifttumkammer

Wir leben in einer praktischen Zeit
Und alles treibt sich gewerblieh;
Vermittelt Gegenseitigkeit
Wird jeder Lump unsterblich.

Denn, wenn Du meinem Stern vertraust,
So wollen wir uns vereinen;
Und wenn Du meinen Juden haust,
So hau ich Dir den Deinen!

Wofern Du recht emsig darüber streichst,
So ähnelt dem Golde das Messing;
Und wenn Du mich mit Goethe vergleichst,
Vergleich ich Dich mit Lessing.

Heinrich Leuthold, 1856.

Raus aus dem Gothaer!

Die nächste Ausgabe des berühmten „Gothaer Almanachs“ dürfte an Volumen hinter ihren Vorgängern arg zurückbleiben; es sollen nämlich Adelsgeschlechter, in deren Adern jüdisches Blut rollt, in diesem Almanach künftig keine Aufnahme mehr finden. O, das wird ein großes Sterben werden.

Bismarck, der ja auch keine Scheu trug, sich mit dem jüdischen Bankier Bleichröder geschäftlich zu liieren, war kein Anhänger der Rassentheorie; Geldheiraten verarmter Adliger in die jüdische Geldbourgeoisie begünstigte er und meinte einmal in seiner derben Junkerart: Arischer Hengst und jüdische Stute, das gäbe keine schlechte Kreuzung!

Die Erfahrung scheint Bismarck recht zu geben. Es waren nicht die schlechtesten Köpfe des Adels, die solchen Verbindungen entsprossen; der langjährige Führer der preußischen Konservativen, Herr von Heydebrand und von der Lasa, war ein solches Kreuzungsprodukt. Der einzige bildende Künstler von Format, den der deutsche Adel hervorgebracht hat, der monumentale Maler Hans von Marees, entstammte der Ehe des Kammergerichtspräsidenten v. Marees mit der Jüdin Susmann. Halbjude war auch Marees Kunst- und Kampfführer, der von Wilhelm II. in den Adelsstand erhobene Bildhauer von Hildebrand.

Halbjude war der vor wenigen Jahren überschweblich gefeierte Ozeanflieger von Hühnefeld, jüdisches Blut kreist in der Familie des Kampffliegers v. Richtbofen.

Der preußische Adel rühmt sich gern seiner Blutopfer, die er in jedem Kriege für das Vaterland gebracht habe. Die Opfer des Rasseparagrafen werden noch die des siebenjährigen Krieges und des Weltkrieges an Zahl übertreffen.

„Die Sehe“

„In dieser Erkenntnis kann der völkisch bewegte Akademiker nicht nur verantworten, daß er, unter Beherrschung der ganzen Gegenständlichkeit seiner Wissenschaft, sich innerhalb derselben Einzelfragen zuwendet, die den geistigen Bedürfnissen der völkischen Bewegung Rechnung tragen, sondern es wird ihn innigst drängen, völkische Sehe in sein Wissenschaftsgebiet hineinzutragen und die bisher verschlossenen Augen seiner Wissenschaft auch für die Sachbezüge zu öffnen, die von dieser Sehe umrissen werden.“

„Forschungen und Fortschritt“, Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik, Januar 1934.

Kreidekreis „genehmigt“

Die vor wenigen Tagen in Stettin uraufgeführte Opernfassung von Klabunds „Kreidekreis“ (Musik von Zemlinsky) wurde bekanntlich schon in der Nacht nach der Uraufführung vom Polizeipräsidenten in Stettin verboten. Auf Grund der einschlägigen Bestimmungen mußte das Stadttheater Stettin nunmehr die Angelegenheit dem Reichsdramaturgen zur Entscheidung vorlegen.

Dieser hat jetzt den „Kreidekreis“ unter der Voraussetzung leichter Striche und einiger Abmilderungen im Text für unbedenklich erklärt.

Fachgruppe der Mixer

„Hierdurch gehen wir nochmals bekannt, daß alle Mixer bis zum 1. Februar 1934 im Besitz ihres Berufsausweises sein müssen und haben diejenigen Mitglieder, die noch nicht im Besitz der Karte sind, an den Unterzeichneten, Berlin NW, 40, Reichstagsufer 3, umgehend zwei Paßfotos und 25 Pfennig Unkostenbeitrag in Briefmarken zwecks Ausstellung der Karte einzusenden. Infolge des bestehenden Ausweises für die Mitglieder der Fachgruppe Mixer ist eine weitere Beschaffung der Berufsausweiskarte nicht erforderlich.“

gez. L. Meyler, Obmann der Fachgruppe der Mixer.

Kleine Görings

In Gößweinstein in der Fränkischen Schweiz brannten die Gebäude des Gasthausbesitzers Georg Wölfel und des Kaffeehausbesitzers Hans Wölfel ab. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde ein Zettel gefunden mit den Worten: „Brennen schafft Brot und Arbeit! Wir brennen noch mehr!“

Der „Völkische Beobachter“ schreibt sofort: kommunistische Brandstiftung. Danach scheinen in der Fränkischen Schweiz kleine Görings am Werke zu sein!

Alles verboten

Verboten laut Kriminalpolizeiblatt 1749/50 folgende Druckschriften: die Flugblätter: „Der Weg aus Knechtschaft und Not“, „Sorgt für Familie und Wirtschaft“, „Her mit der Einheitsfront“, „Roter Pfeffer vom 10. Februar 1933“, „An alle Agitpropfunktionäre“, „Achtung, bei allen Diskussionen beachten!“, „Für Stubenversammlungen mit christlichen Arbeitern“, — Wegen Unsittlichkeit u. a.: „Le Sourire“ (Paris), „La vie Parisienne“ (Paris). — Auf Grund des § 7 der Verordnung vom 4. Februar 1933 die Druckschrift: „Die Lösung der Fachzeitschriftenfrage im Malerhandwerk“, — „Die rote Volkswacht Nr. 2“, „Der Spruch von London“ (Prag), „Blätter für die jüdische Frau“ (Prag); Georg Bernhardt: „Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik“ (Prag).

Beginnt die „Mäusejagd“? Blick auf neue Jagdgründe der SA.

Das deutsche Volk ist in acht Monaten zu einer unlöslichen Gemeinschaft zusammengewachsen, es ist nach zwölf Monaten gehärtet und geküht im gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Not und auch gegen Hege. Es wird nach Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten eine ebenso stahlharte Einheit in Leid und Freud darstellen, wie am ersten Jahrestage der nationalsozialistischen Revolution. Der Geist der Kameradschaft erfüllt das „dritte Reich“. Auf dem Boden zur Wirklichkeit werdender Volksgemeinschaft baut der Führer sein großes Werk.

So steht die und fett auf der ersten Seite des nationalsozialistischen „Dortmunder General-Anzeigers“ vom 25. Januar. Auf der zweiten Seite derselben Ausgabe schildert ein Mann mit Namen Helmuth Roschorke die brüderliche Einigkeit unter der Überschrift „Die Mäusejagd“ so:

Während sie bisher nur am Stammisch hinter verschlossenen Türen von dem „Recht der Kritik“, wie sie es auflassen, Gebrauch machten, wagen sie sich jetzt schon offen hervor und wärmen die alten Redensarten und Frechheiten wieder auf, die wir im nationalsozialistischen Staat schon längst abgetan glaubten.

In Pommern auf der Insel Rügen mußte ein Reaktionsär, der sich als Stahlhelm auszugeben wußte, Herr von Platzen-Poggenhof, nebst mehreren Gleichgesinnten von der Staatspolizei in Schutzhaft genommen werden, weil sie derartige Beschimpfungen der nationalsozialistischen Bewegung, vor allem der SA, und des Reichsministers Dr. Göbbels, sich geleistet hatten, daß dies das einzige Mittel war, um sie vor Tätlichkeiten der empörten Bevölkerung zu bewahren. Wir glaubten bisher, daß diese Herren von und zu mehr Tatkraft besitzen, um sich zu sagen, daß der Staat von heute etwas Derartiges nicht mehr bieten läßt.

Auf einem Stahlhelmappell konnte man von diesem Reaktionsär folgendes hören: „Die NSDAP sei die Bewegung der verfrachten Eritenzen. Hitler sei zwar Idealist und seine Ziele im allgemeinen gut, aber die Unterführer seien schlecht. Bei Unruhen könne sich Hitler nur auf den Stahlhelm verlassen, die SA sei nicht zuverlässig.“ (!)

Haben die reaktionären Mäuse nun auf den Zweck anzuweisen oder nicht? Es ist natürlich klar, daß diese Gesellschaft heute schon Gelegenheit hat, über ihre unverschämten Frechheiten hinter Schloß und Riegel nachzudenken. Pommern scheint überhaupt von der Reaktion als Ausgangsstelle ihrer gemeinen Angriffe gegen die Männer des nationalsozialistischen Staates andermählt zu sein. Bei einer Treibjagd erlaubten sich mehrere Großgrundbesitzer einen Spaß, der ihnen teuer genug zu stehen kommen soll.

Sie bezeichneten die Hasen im Kessel mit Namen von Führern der Bewegung und amüsierten sich tödlich über ihre gemeinen Witz. Selbstverständlich haben die zuständigen Stellen der SA die Spatzwader bereits einer nützlicheren Beschäftigung zugeführt.

Das sind Fälle, in denen man sich daran beschärfen, mit Beschimpfungen und Verleumdungen die Luftankerkunft des Staates zu sabotieren. Tatkräftiges Einschreiten der in Frage kommenden Stellen wird jedoch die Gefahr, wenn die Schranken weisen. Erstere wird jedoch die Gefahr, wenn die Reaktion dazu übergeht, aus ihren Machtpositionen heraus benutzt die Arbeit der nationalsozialistischen Regierung zu sabotieren.

Im ausländischen Urteil

Hitler ist nicht Luther
Ordre:

Vor drei Monaten konnte Hitler sich rühmen, die Einigkeit Deutschlands geschaffen zu haben; heute muß er den Spaltungen des deutschen Protestantismus nachsehen. Er hat die Hand in das berühmte Wespennest gesteckt, als er mit Unterstützung der liberalen Theologen eine Staatsreligion, die auf einem Christus-Begriff gegründet war, anordnen wollte.

Das empörte religiöse Gewissen und der alte lutherische Saureteig haben ein formelles non possumus den Anmaßungen des Führers und seines Bischofs Müller entgegen gesetzt.

Man hat es mit Drohungen versucht! Man hat versucht, evangelischen Theologen und Pastoren zu kaufen! Verlorene Liebesmüh... Die Krise hat sich gründlich verschlimmert. Die „Deutschen Christen“ sind wehrlos; Hitler kann nichts für sie tun...

Dies sind die letzten Nachrichten:

Der Bischof Müller, der sich der drohenden Gefahr bewußt ist, hat versucht, sich mit seinem Vorgänger von Bodelschwingh zu versöhnen! Ein ergebnisloser Versuch.

Andererseits gibt man bekannt, daß die Wahl des Ministeriums der protestantischen Kirchen, die auf den 13. Januar festgesetzt war, nicht stattfinden konnte, da der Gegensatz zwischen den „Deutschen Christen“ und den alten Protestanten immer noch sehr heftig ist.

Die „Deutschen Christen“ haben eine Erklärung abgegeben, in der sie versprechen, sich ausschließlich auf das politische Gebiet zurückziehen, darauf verzichten, eine religiöse Bewegung zu bilden und daß sie nur die Vertreter des Nationalsozialismus im Schoße der deutsch-evangelischen Kirche sein wollen.

Diese Kundgebung, mit der die Urheber den Konflikt beruhigen wollten, hat ihn nur verschlimmert.

In Wirklichkeit ist die Krise sehr ernst!

Das persönliche Einschreiten des Marschalls v. Hindenburg hat sich noch mehr zugespitzt. Das Staatsoberhaupt hat als alter treuer Protestant den Bischof Müller zu sich bestellt, um ihn zu bitten, recht gläubig zu bleiben und die Unversertheit der Heiligen Schrift zu verteidigen.

Das ist eine strenge Ablehnung der religiösen Politik Hitlers! Uebrigens wissen wir aus guter Quelle, daß der Marschall, beunruhigt und empört, sich mehr und mehr vom Kanzler trennt. Man kann also sagen, daß der Führer in eine gefährliche Sackgasse geraten ist. Demnächst wird sein Freund Müller, von den evangelischen Christen im Stich gelassen, seinen Bischofsitz verlieren.

Hitler ist kein Luther... Ph. A.

Ein Beobachter Deutschlands.

Manchester Guardian:
Nazi-Deutschland denkt an den Krieg. Von Leland-Stowe,
London: Faber u. Faber.
Es ist eine vollkommene Aufrichtigkeit in diesem Buch,

Die kronprinzliche Verwaltung von Primsenau am Schlesischen Spottbruch hat gegen das großzügige Arbeitsprojekt des schlesischen Arbeitsdienstes Einspruch erhoben, weil sie auf ihre Jagdgründe nicht verzichten will.

Wenige tausend Mark Einnahmen aus der Jagdpacht sind ihnen mehr wert als hunderte neuer Bauernhöfe! Daß man heute mit derartigen Begründungen zu kommen mag, ist ein Beweis, daß sie sich zu sicher fühlen, diese Herren von heute in die allzugenügend wieder das große Wort führen möchten.

Sie sagen sich: Es geschieht uns ja nichts! Also versuchen wir es wieder mit der alten Methode...

Jetzt soll ihnen der 27. Januar willkommenen Anlaß sein, ihre alten Carolen und Schlagworte aus der Vergangenheit hervorzuholen. Von hervorragenden Männern unserer Bewegung ist wiederholt eindeutig genug gegen reaktionär-monarchistische Umtriebe Stellung genommen worden, womit kein Urteil an sich über diese oder jene Staatsform gefällt werden soll. Veranlassung dazu gab, daß man es hier bereits mit Auswüchsen zu tun hatte, denen die Bewegung nicht länger ansehen konnte. Der Staat ist wahrhaftig großzügig genug gewesen, um es zu solchen Übergriffen überhaupt kommen zu lassen.

Wenn die Zeitschrift eines ehemaligen Infanterie-Regiments es wagt, den Führer selbst als Kronzeugen für die Berechtigung ihrer monarchistischen Propaganda anzuführen, so ist die Grenze der Disziplin und der Zurückhaltung, die wir befehlsgemäß üben müssen, bereits überschritten.

Aber sie gehen noch weiter und verfeigen sich dazu, ihre Carolen dazu zu benutzen, um gegen das Winterhilfswerk der Reichsregierung zu intrigieren. Der Geschäftsführer der „Kaiserbank-Spende“, ein Berliner „Hofjournalist“, erklärte sogar öffentlich:

„Durch die Winterhilfe sei die Rückkehr des Kaisers aus Doorn verhindert worden. Denn, wenn diese nicht da sein würde, wäre Wilhelm II. schon vom Volke zurückgerufen worden.“

Das ist nur eine Blütenauslese aus dem übel duftenden Erinnerungskranz der Elemente, die das Stabocher-Röhm als politische Funktionäre bezeichnete. Sie soll viele Volksgenossen davor warnen, das Treiben der Reaktion etwa nicht ernst zu nehmen. Sie sind zur Zeit aktiver denn je! Man sieht sie in den Vorjahren der Ministerien, wo sie geheimnisvoll mit wichtiger Gebärde herumgeistern und, wenn sie durch die Vordertür hinausschauen, durch den Winterausgang wieder erscheinen. Sie sind jäh wie Feder, und auf es zu geradem Wege nicht erreichen, verstanden sie „hinterherum“. Wenn man ihnen in den Amtsstellen die kalte Schulter zeigt, wo überlegte Nationalsozialisten sitzen, so versuchen sie eben Einfluss auf die Gefolgschaft, auf das Heer der Namenlosen zu gewinnen.

Sie erscheinen in neogelben Uniformen mit geschwelter Brust in den Sturmlokalen der SA, und lassen „etwas springen“.

Sie spenden bisweilen wohl auch mehrere braune Lappen und glauben damit, wunder was getan zu haben. Sie haben überall hin die besten Beziehungen, kennen den und seinen schon „von früher her“ und bringen dies bei jeder Gelegenheit bei beiden zur Geltung. Sie gehörten schon immer zur „alten Garde des NS-Gedankens“...

Doß nun ist es an der Zeit, daß endlich zugegriffen wird! Wir sehen nicht ein, weshalb man Unterleude macht, die im Grunde genommen gar nicht bestehen. Jede Propaganda,

die an den Grundlagen des nationalsozialistischen Staates zu rütteln wagt, ganz gleich ob sie marxistische oder reaktionäre Schlagworte benutzt, richtet sich gegen den Nationalsozialismus als den ideellen Grundstein des Staates.

Ihre Träger gehören ohne Unterschied dorthin, wo sie keine Gelegenheit haben, ihr staatsfeindliches Treiben weiter fortzusetzen.

Millionen unentwegter Kämpfer im Braunehemd, die dem alten Kampfgeist die Treue halten, Millionen der Stützen im Lande, die unauffällig nach wie vor ihre Pflicht im Dienste der Bewegung versehen, warten auf das Zeichen zur bevorstehenden Mäusejagd. Es soll ein fröhliches Jagen werden...

„Telegraphenfange 56“

Illegale Arbeit der KPD.

Kassel, 28. Jan. Unter der Leitung des schon vor Monaten abgerufenen kommunistischen Funktionärs Friedrich Deutzer hatten der 23jährige Schlosser Willi Haas, der 24jährige Arbeiter Jakob Frig, die 27jährige ledige Gretel Gutmann, der 23jährige Arbeiter Joseph Hartmann, der 64jährige Schreiner Joseph Wingenfeld, der Arbeiter Franz Bus, der Schreiner Erich Händler und der 23jährige Schriftsteller Johannes Sturm (sämtlich aus Frankfurt) im Laufe des vergangenen Jahres in Frankfurt eine kommunistische Zelle gebildet, deren Ziel die Wiederaufrichtung des Roten Frontkämpferbundes bildete. Der Nachrichtenapparat dieser Zelle war exakt militärisch aufgebaut und funktionierte bis zu dem Augenblick, in dem Deutzer verhaftet wurde. Deutzer hatte nun schon vor seiner Festnahme im Kronfurter Stadtwald, unweit der Telegraphenfänge 56, im Dickicht ein Versteck errichtet, das später zum Mittelpunkt der kommunistischen Nachrichtenübermittlung werden sollte. An dem Versteck wurden Manuskripte, eine Schreibmaschine und ein Verstecktaunapparat aufbewahrt. Wenn zwei der Knechtchen mit Motorrädern zur „Telegraphenfänge 56“ fuhren, täuschten sie auf der Straße eine Vonne an ihren Rädern vor; während der eine Fahrer die Reparatur vornahm, schlich der andere sich ins Versteck. Die Polizei wurde durch nichtamtliche Erklärungen der Frau des Angeklagten Wingenfeld auf die Sache aufmerksam und griff zu. Doch auch in dem Augenblick, als mehrere der Knechtchen über den Hof gekommen waren, zur Beschaffung des Betriebsstoffes für die Motorräder einen ordentlichen Diebstahl zu begehen.

Der Strafsenat des Kasseler Oberlandesgerichts erkannte auf folgende Strafen: gegen Haas und Händler auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, gegen Bus auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen Wingenfeld 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, gegen Frig, Hartmann und Sturm je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und gegen Gretel Gutmann auf 1 Jahr Gefängnis.

Sinn für Humor nicht verlieren

Unzählige unerschöpfliche Witze kommen aus Deutschland über die Grenze zu uns. Das läßt uns an die Periode der arsten Zustände in Russland denken. Damals rächte man sich für Leid und Sorgen in Ermangelung eines Besseren auch auf diese Weise. Was laut der Feder zu der folgenden Geschichte: Zwei Arbeitsleute stehen in Köln am Rhein. „Es ist doch ein Wunder“, sagt der eine, „wie alles wieder aufgeht! Sieh mal den Fluß an, die vielen Boote, die Schiffe und die Krane, alles in Tätigkeit. Was für ein Glück, daß es wieder so weit ist!“ Der andere betrachtet ihn beunruhigt: „Sag, was siehst du, wo siehst du das alles? Ich sehe nämlich nicht.“ Nummer eins antwortet darauf entsetzt: „Sag, hast du denn keine Zeitungen?“

Aus „Der Vaterland“.

Kontrast steht. Die Semiten kennen das Schwein nicht, sie erkennen es nicht an, sie verwerfen es mit allen ihrer nationalen Gemeinschaft möglichen Mitteln, während dieses Tier die erste Stelle im Gottesdienst der nordischen Rassen einnimmt...

Marianne: Amerikanische Geschichte

Der Präsident der Reichsbank, Dr. Schacht, begibt sich in die Vereinigten Staaten, um bei den Großbanken wegen einer Anleihe zu verhandeln.

Unsere unterirdischen Schätze, die solide Garantien bieten, sind enorm, erklärt er dem Vertreter der Kreditanstalt. Wir haben Kohle, Steinkohle, Stahl, Minerale, Petroleum...

Dann am Schluß:

Und wir sind eine starke Nation; wir haben bewundernswerte Staatsleiter, hervorragende Männer, unser Führer, Göring, Göbbels...

Der Yankee-Delegierte erhebt sich daraufhin und reicht ihm die Hand:

Wir werden von all dem weiter sprechen, mein lieber Präsident Besuchen Sie uns wieder...

Warum? fragt Schacht.

Sagen wir, wenn das, was unter der Erde ist, oben sein wird, und das was über ihr ist, unten!

Magazine 1934

Die Nachfolge Berlins

Hitler Göbbels und Göring erscheinen im Paradies. Der heilige Petrus erklärt dem lieben Gott, daß sie wichtige Persönlichkeiten sind, denen er Hochachtung bezeugen müsse. Göbbels wird als erster vorgestellt; der liebe Gott erhebt sich zu einem tadellosen Hitlergruß. Die gleiche Zeremonie für Göring. Dann kommt Hitler an die Reihe; der liebe Gott bleibt sitzen. Der heilige Petrus, sehr verstimmt, erklärt ihm:

Aber ewiger Vater, das ist doch der bedeutendste.

Ol, antwortet der liebe Gott, den kenne ich, wenn ich aufgestanden wäre, hätte er sich auf meinen Platz gesetzt!

Eine Platzanweiserin in einem großen Berliner Theater soll ins Konzentrationslager gebracht worden sein.

Dieses Theater war mit dem Besuch Hitlers beehrt worden, und die unglückliche Platzanweiserin beging die Unvorsichtigkeit, ihn zu fragen, ob er auch ein Programm habe. Hitler glaubte, es handle sich um eine aufrührerische Anspielung.

Ein Bauer erscheint eines Tages vor dem Marschall Hindenburg im Park seiner Besitzung in Neudeck.

Exzellenz, sagt er, ich habe ihr Taschentuch gefunden, aber ich würde sehr glücklich sein, wenn ich es als Andenken behalten dürfte.

Nein, geben Sie es mir wieder, erwidert der Marschall, es ist noch die einzige Sache, in die ich meine Nase hineinstecken darf.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Im Theater du Vieux Colombier verlas der Regisseur Bleich bei der Premiere „Lukardis“ des toten Jakob Wassermann einen Brief, den der Dichter wenige Tage vor seiner Abberufung in die Ewigkeit geschrieben hatte. Wassermann sprach in diesem letzten Briefe davon, daß ihn die Krankheit hindere, zu den Proben nach Paris zu kommen; er wüßte dem Werke guten Erfolg. Das Stück spielt 1905 in Rußland.

Im Musée du Luxembourg, dem Museum, das die Staatskäufe bei den Ausstellungen tätigt, wurde die neue Sammlung eröffnet. Unter den Neuerwerbungen befinden sich Bildwerke von Maillol, Bourdelle, Despiau, Bilder von Léger und Matisse und Werke junger Maler von den „Tuileries“, dem „Automne“ usw.

„Verbotene Musik“ ist der Titel einer besonders interessanten Veranstaltung Anfang Februar im Deutschen Klub, an der unser Musikberichter Walter Jacob beteiligt ist.

An der Porte de Versailles eröffnet der Minister Queuille eine Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen.

Die „bayerischen Schwestern“ Schmidt wurden erneut vom Zentralzuchthaus Montpellier, wo sie ihre zehnjährige Strafe verbüßen, nach Aix gebracht. Der zum Tode verurteilte Rechtsberater Sarret, der Versicherungsmörder mit dem Schwefelbad, hat, nachdem sein Gnadengesuch verworfen wurde, die erwarteten neuen Geständnisse gemacht, um eine Wiederaufrollung des Prozesses zu versuchen.

Empfindsame Reise von Bayonne nach Pau

Die beiden „Kollegen“ Darius, der Hitlerfreund vom „Midi“, und Aymard haben die empfindsame Reise von Bayonne, wo der Kerker „Villa Chagrin“ heißt, nach dem Gefängnis von Pau angetreten. Pau ist zwar sonst ein sehr schöner Ort, aber diesmal hat die Reise den beiden Pariserern gar nicht gefallen.

Darius und Aymard trugen Handfesseln, die sogenannten menottes, und Darius, der schweigsame, mußte daher alle Bewegungen des aufgeregten Aymard mitmachen. Die beiden steckten die Hände freundschaftlich zusammen, damit man die siamesische Klammer nicht so sehen sollte. Im übrigen trug Darius, wie die Tageschronik meldet, Handschuhe, Aymard dagegen offene Hände, wie es auch besser zum Stavisky-Stil paßt.

Beide hatten bis Pau ein „reserviertes“ Abteil. Aymard schimpfte fürchterlich und zündete sich dabei eine Zigarette nach der anderen an, aber nicht mit einem Streichholz oder einem Flammpendel in Gestalt eines Feuerzeuges, da derlei gefährliche Dinge in den französischen Kitzchen verboten sind, sondern lediglich mit einem ganz gewöhnlichen Zunder-Feuerzeug.

Darius, wie gesagt, war schweigsam wie ein Diplomat, Aymard hingegen schimpfte heftiger, je näher sie an Pau heran kamen, insbesondere über seine Nieren, die ihn quälten und die Veranlassung gaben, daß dem staviskyschen Märtyrer eine zweite breite Matratze bewilligt wurde. Diese Matratze spielt eine große Rolle in der Tagespresse. Man sieht den braven Arbeiter, der sie in das stille Verließ schleppt, abgebildet. Aymard bekam einen Wutanfall, als er davon hörte, daß er die Matratze persönlich in den Zug schleppen sollte. Dieser Kelch ging aber an ihm vorüber. Es wäre wohl auch ein schwieriger Transport geworden in Anbetracht der Handfesseln.

Als Camille Aymard in der Bahn den Bericht über den Krach in der Kammer las, bei dem es bekanntlich beinahe ein Duell gegeben hätte, wurde seine Seele von besonderem Kummer erfaßt. Er gab sich als verführtes Schäflein und schimpfte mächtig auf diejenigen, die an dem ganzen Unheil schuld seien. Darius aber, der schweigsame Freund der Hintermänner, saß in der Ecke und betrachtete die schöne Gegend, in der es jetzt Frühling wird. Während wir allerdings völkerverpolitisch von einem solchen Frühling noch ziemlich weit entfernt sind. . . .

Nächtliche „Straßenschlacht“ in Paris



Trümmer von Schutzgittern der Straßenbäume, die von den „Demonstranten“ herausgerissen und auf die Schienen der Trambahn geworfen wurden. Die französische Hauptstadt hat einige unruhige Nächte hinter sich, in denen Demonstrationen und Krawalle stattfanden, wie sie seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen waren. Man sieht es auf dem Bilde, welche Kreise der Bevölkerung diese „Straßenschlachten“ machen. Es nicht da die Göbbels-Propaganda mitarbeitet.

Tél. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Geburtshilfliche Klinik d) Zahnärztliches Kabinett
Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Bluth-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten. Zweistöckiges Ambulatoriumgebäude. Viestöckiges Gebäude, Zimmer Klein-, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung anmen und 2 Operationsstühle. Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten.

Ordination (täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr)

Dr. Spécialiste

96, rue de Rivoli - Métro Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden. Elektrizität, Impulsverfahren, Trypafl von Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermatikultur, Salvarsan, Wismut usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Harn-, Blut- und Hautkrankheiten
123, Bd. Sébastopol. - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr; Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren:
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Aelteste Deutsche Klinik

52, R. de Bondy, Paris

Tél. Bot. 29-69

Harn-, Blut- und Haut-

krankheiten, Frauenleiden

Ultra-Violette Strahlen, Serotherapie, Diathermie, Höhenstrahlung etc.

Ein Fußballurteil

Die Strafkammer zu Epinal hat einen Fußballer zu fünfzigtausend Franken Schadenersatz und 50 Franken Geldstrafe verurteilt, weil er bei einem Match einem Mitspieler das linke Bein dermaßen verlegte, daß es teilweise abgenommen werden mußte. Der Spieler war vorher mehrere Male vom Schiedsrichter verwarnet worden.

Der neue Bergner-Film

Unter der Anleitung des erfolgreichen englischen Filmregisseurs Corda hat Paul Czinner seinen „Katharina von Rußland“ vollendet, die dieser Tage in London und Paris präsentiert worden ist. Das Hauptinteresse an diesem neuen Werk lag darin, daß es die Filmdebüts Elisabeth Bergners in englischer Sprache bedeutet, nachdem die große deutsche Künstlerin sich mit beispiellosem Erfolge schon seit Wochen als englisch sprechende Darstellerin auf einer Bühne Londons feiern lassen darf. Die Kunst der Bergner hat alle Schwierigkeiten siegreich überwunden, die der Uebergang zu neuen sprachlichen Ausdrucksformen so vielen in ihrer Heimat entwurzeltten Schauspielern bereitet. Wären die Autoren des Drehbuchs, der Regisseur und Douglas Fairbanks jr., der männliche Hauptinterpret, dem Katharina-Stoff sowie der Bergner ebenbürtig gewesen, so hätte sicherlich ein wesentlich interessanterer Film geliefert werden können.

Wie Alfred Savoirs hochbegabtes, wenn auch gelegentlich nicht unpornographisches Opus „La petite Catherine“ umfaßt dieser Film nur die Zeitspanne vom Eintreffen Katharinas von Anhalt am russischen Hof bis zur Vollendung ihres Aufstiegs, das heißt also die Epodie vor jenem deutschen

Katharina-Film, dessen meisterliche Interpretin Lucie Höflich gewesen war.

Da aus Amerika ein Film über „Katharina die Große“ mit Marlene Dietrich in der Titelrolle gemeldet wird, so steht uns die Genugtuung bevor, USA- und Old-England im Zeichen emigrierter deutscher Künstlerinnen, um die Meisterschaft in der Herstellung von Filmen über Katharina die Zweite von Rußland konkurrieren zu sehen.

Hans-Albert v. Maltzahn.

Große Kundgebungen

In Sheffield, Glasgow und London

London, 22. Jan. Nachdem bereits am Samstag, dem 20. Januar, in Sheffield und am Montag, dem 21. Januar, in Glasgow große überfüllte Massenkundgebungen des englischen Befreiungskomitees stattgefunden haben, wurde auch heute abend in der Kingsway-Hall, einem der größten Säle Londons, ein Komitee-Meeting vom englischen Befreiungskomitee, das auf Initiative des Weltbillskomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus gebildet wurde, durchgeführt. Unter den Referenten waren der Präsident des Hilfskomitees, Lord Marley, der bekannte Schriftsteller Strachan und der Redakteur des „Daily Herald“ Hannen Swaffer und Isabel Brown. Der Regisseur Iver Montagu und die Sekretärin des Hilfskomitees, Dorothy Woodman, berichteten in dieser Kundgebung über die mehrfachen Reisen nach Deutschland und ihre Bemühungen, für die vier Freigabegebeten die Freilassung zu erwirken. In der von über 4000 Personen besuchten Versammlung wurde eine scharfe Protestentscheidung gegen die andauernde Entferrnung Dimitroffs, Thalmanns, Torglers und aller Antifaschisten in Deutschland angenommen und 82 Pfund für den Kampffonds des Befreiungskomitees gesammelt.

SEROKLINIK VON PARIS

71, Boulevard de Clichy - Métro Blanche

Hernien, chronischer und frischer Trippel, Miltärrüch, Cystitis, Prostata, FRAUENLEIDEN
Blutkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfhauserkrankungen:
Ausschlag, Forisitis. - Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo-Therapie - Mässiges Honorar, Konsultationen von 9-12 und 14-20 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr.

Brüssel

69, Boulevard Adolph Max
Zahnärztliches Kabinett u. zahn-technisches Laboratorium.
Sprechstunden von 10 bis 1 Uhr und von 1/4 bis 7 Uhr.
Man spricht deutsch!

Ausführung sämtlicher Tischler-Arbeiten

als Möbel, Laden- und Restaurations-Einrichtungen preiswert und am schnellsten lieferbar.
DEUTSCHE FLÜCHTLINGE:
Gipsmann & Rosenberg
Möbel-Fabrik, PARIS-Puteaux
19, Rue Eugène Eichenberger
Bestellungen:
24, Rue Montmartre, 6, Cité du Labyrinthe

Steuerfragen Gesellschaftsgründungen

Wenden Sie sich an
F. BRIQUEU
LICENCE EN DROIT
ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.
25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2), Telefon Louvre 22.93

Die Pfänder von Bayonne

Zur gerichtlichen Untersuchung

Paris, 26. Jan. Der Direktor der Versicherungsgesellschaft La Confiance hat gestern abend wieder die Rückreise nach Paris angetreten, nachdem er von dem Bayonner Untersuchungsrichter verhört worden war.

Die Savas aus Bayonne berichtet, geht dort das Gerücht um, daß sogar die Bilanzen des Bayonner Leihhauses trotz der über diese Unternehmen ausgeübten Kontrolle gefälscht worden seien und auf Grund dieser Fälschungen Vertrauensmißbräuche vorgekommen seien, deren Opfer die Versicherungsgesellschaften waren.

Am Freitag wird die Entscheidung getroffen, ob die Verhafteten Aymard und Darius vorläufig auf freien Fuß gesetzt werden oder nicht.

Unter den verpfändeten Schmuck- und Wertgegenständen sollen sich wertvolle und wertlose Stücke durchmischen. Die Pfänder, die sich in 58 Kästen befinden, sollten im August 1933 versteigert werden, und als Erlös wurde damals ein Betrag von 15 Millionen Franken erwartet. Kurz vor der angelegten Versteigerung beantragten 3 Personen, darunter das Faktotum Stavisky, Henri Voix, der die letzten Tage mit ihm verbracht hat, beim Bayonner Gericht die Versteigerung der Versteigerung auf Ende Dezember 1933, und zwar mit dem Hinweis auf die allgemeine wirtschaftliche Krise. Als Anwalt unterstüßte Rechtsanwalt Pette, der mit dem radikalen Abgeordneten Boumaire zusammenarbeitete, diese Terminverschiebung, die auch zugestanden wurde, und zwar blieb es bezeichnenderweise in der Begründung: „... angesichts der Tatsache, daß nicht bestritten wird, daß die Pfänder, deren Versteigerung beantragt wird, einen höheren Handelswert besitzen, als die darauf ausgegebenen Beträge...“

Da der Stavisky-Standal sich Ende Dezember verwickelte, unterblieb diese für Ende Dezember geplante Versteigerung und dadurch wurde vermieden, daß womöglich auch noch falsche Schmuck- und Wertgegenstände als angeblich echte unter das Publikum gebracht wurden.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Vig in Tübingen; für Inserate: Otto Kubn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 1, Schützenstraße 5.